



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
23. Sitzung	Donnerstag, 30. November 2017 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Ursula Haag, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Ursula Spinnler Marco Küng
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Djordjevic Aleksandar Jenni Mia Jetzer Micha
Ende der Sitzung	23.00 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2017/32 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge	623
2	2017/30 Sitzungstermine Einwohnerrat 2018	625
3	2016/24 Postulat CVP-Fraktion betreffend Einführung einer Geschäftsleitung Verpflichtungskredit von CHF 26'100 für die externe Begleitung der Evaluation	625
4	2014/35 Legislaturziele 2014 – 2017 / Berichterstattung des Gemeinderates	628
5	2017/12 Entsorgungsplatz Areal Tech. Zentrum, Neubau Verpflichtungskredit von CHF 494'200	631
6	2017/34 Grundwasserfassung Aesch / Durchführung Pumpversuche Verpflichtungskredit von CHF 210'600	635

7		Kreditabrechnungen	643
	2011/23	a) Liegenschaft Kirchweg 70 (Goldiland)	
	2012/23		
	2014/26	b) Neubau Tagesstrukturen und Kindertagesstätte Goldiland	
	2009/132	c) Modernisierung Wasserversorgung	
	2011/39	d) Sanierung Liegenschaftsentwässerungen an öffentlichen Gebäuden	
8	2016/38	Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal	645
		a) Postulat Peter Marten / Mögliche Reduktion Aufwand (Fragen)	
		b) Beantwortung von Fragen aus der Einwohnerratssitzung vom 21. Mai 2015	
9	2017/35	Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal	649
		Verpflichtungskredit für die Ausarbeitung eines Vorprojektes für die Sanierung und Werterhaltung von CHF 175'000	
10	2017/33	Postulat Christian Keller / Publikation der öffentlichen Nutzungsrechte Schulstrasse / Erheblicherklärung. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	652
11	2017/36	Postulat Christian Keller / Unterbindung Schleichverkehr auf dem Kirchweg / Erheblicherklärung. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	652
12	2017/37	Umfrage	653
13	2017/38	Verabschiedungen	654

Ursula Haag, Präsidentin: Ich begrüsse Sie zur 23. Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur.

Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Micha Jetzer, Aleksandar Djordjevic und Mia Jenni. Christine Brüesch, Lukas Füglistner und Christian Bossard kommen etwas später. Es sind somit im Moment 34 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

Wir werden heute nur eine kurze Toilettenpause einlegen. Nach der Sitzung darf ich Sie zum Apéro zum Abschluss der Legislatur einladen. Das Traktandum 13 Verabschiedungen werden wir spätestens um 22.30 Uhr beginnen. Sind bis zu diesem Zeitpunkt nicht alle regulären Traktanden behandelt, so werden diese auf die Januar-Sitzung verschoben. Die folgenden Traktanden könnten gemäss Gemeinderat erst im Januar behandelt werden: Traktandum 7, 8, 10 und 11.

1 2017.32 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Ursula Haag, Präsidentin: Zum Formellen: Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Die Rechtskraft der Beschlüsse des Einwohnerrates vom 14. September 2017: Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 23. Oktober 2017 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 14. September 2017 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Auslagerung Bereich Beistandschaften, Zustimmung zum Beitritt zum Gemeindeverband KESD Bezirk Baden, Festlegung der Stellenprozent im Sozialdienst von 330 % und zusätzlich befristete Stelle von 30 % bis 31. Dezember 2018; Ablehnung des Verpflichtungskredites von CHF 259'999 für das Kurtheater Baden; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 330'000 für Dachsicherheitsmassnahmen der Liegenschaften der Einwohnergemeinde; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 39'000 für Brandschutzmassnahmen in der Sporthalle; Ablehnung Verpflichtungskredit von CHF 492'500 für den Mättelisteg. Das Budget 2018 unterlag dem obligatorischen Referendum. Es wurde am Sonntag, 26. November 2017 an der Urne von der Bevölkerung angenommen.

Lukas Füglistner ist eingetroffen. Somit sind 35 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt immer noch 18.

Nun zu den Mitteilungen: **Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich habe noch ergänzende Informationen zur Auslagerung Beistandschaften an den KESD Baden. KESD heisst Kindes- und Erwachsenenschutzdienst. Die Auslagerung wird formell wie angekündigt per 1. Januar 2018 vollzogen. Die Übergabe aller Beistandschaften kann nicht punktgenau per Stichtag abgeschlossen werden. Ein Teil der Mandate wurde bereits vorzeitig übergeben. Bis die Übergabe aller Mandate an den KESD abgeschlossen werden kann, dauert es voraussichtlich noch bis Ende April 2018. Für diese Übergabefrist muss in Obersiggenthal zum Teil noch externes Personal beigezogen werden.

Der Gemeinderat hat alle Kommissionen angeschrieben und die Mitglieder gebeten, zu ihrem Verbleib in den Kommissionen Stellung zu nehmen. Der Gemeinderat wird Anfang des neuen Jahres über die neuen Besetzungen befinden und wenn nötig, je nach Abgängen, fehlende Mitglieder für die Fachkommissionen neu ausschreiben. Über Vakanzen in den gemeinderätlichen Kommissionen informiert der Gemeinderat rechtzeitig.

Franziska Grab, Vizeammann: Eine kurze Mitteilung über die Wiedackerstrasse. Im Sommer 2016 ereignete sich der grosse Wasserleitungsrohrbruch an der Wiedackerstrasse in Kirchdorf. Die Instandsetzung dieser Leitungen und der Strasse kostete schlussendlich CHF 315'000. Für den Schaden, den wir den Anwohner bezahlen mussten, hat unsere Haftpflichtversicherung CHF 403'000 bezahlt. Das führte dazu, dass die Versicherung eine Sanierung der Police verlangte. Wir haben uns deshalb neu mit unserer Haftpflichtversicherung Wasserversorgung auf

einen Selbstbehalt pro Ereignis von CHF 20'000 geeinigt. Somit beträgt die Versicherungsprämie CHF 18'795, sonst hätten wir CHF 25'000 bezahlen müssen. Sie sehen, welch hohe Kosten ein so grosser Wasserleitungsbruch verursachen kann. Noch etwas zur Sanierung Wasserleitung Oberboden-/Ackerstrasse. Während der Bauphase wurde festgestellt, dass sich die weiterführende Gussleitung in einem sehr schlechten Zustand befindet. Der Perimeter musste auf 35 m erweitert werden. Die Mehrkosten konnten durch die eingerechneten Reserven und günstigen Arbeitsvergaben aufgefangen werden. Im Zuge der Baurealisierung wurde bemerkt, dass die Belagsstärke zum Teil nur 3 cm betrug. Es fehlte die Kofferung, der Belag lag nur auf der Erde. Das bedeutet, es muss zuerst ein Strassenaufbau erfolgen. Schlussendlich werden bei diesem Projekt Mehrkosten von CHF 65'000 auf uns zukommen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich habe Sie vor einiger Zeit darüber informiert, dass der Spielplatz beim Kindergarten Talacker infolge einer Grenzberichtigung zum grossen Teil abgebaut werden musste und eine Neugestaltung erfolgen muss. Der Gemeinderat konnte sich in eigener Kompetenz nicht entscheiden, diesen Spielplatz als dringende Massnahme in Auftrag zu geben. Es handelt sich um hohe Kosten, denn es muss einiges umgesetzt werden. Im März wird eine Einwohnerratsvorlage präsentiert und Sie können über diesen Spielplatz entscheiden. Wir müssen darauf achten, dass es terminlich vorwärtsgeht, damit die Kinder im nächsten Jahr nach dem Winter wieder einen Spielplatz zum Spielen haben. Ich bitte Sie bei den hohen Kosten zu berücksichtigen, dass es sich um einen Doppelkindergarten handelt. Es spielen dort 40 Kinder.

Walter Vega, Gemeinderat: An der Einwohnerratsitzung vom 2. Juni 2016 wurde ein Verpflichtungskredit von CHF 27'600 für die Erstellung eines IT-Konzeptes für die Schule bewilligt. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus Vertretern der Schulpflege, der Schulleitung, der Lehrpersonen sowie dem IT-Verantwortlichen unserer Gemeinde. Unter Anleitung der beauftragten externen Firma wurden entsprechende Inputs geliefert. Im Verlaufe der Zusammenarbeit mit dieser Firma stellte sich heraus, dass unsere Erwartungen nicht erfüllt werden konnten. An einer Aussprache mit dieser Firma kam man zum Schluss, das Vertragsverhältnis mit sofortiger Wirkung aufzulösen. Erfreulicherweise sah die Firma davon ab, der Gemeinde Obersiggenthal die bereits erbrachten Leistungen in Rechnung zu stellen. Es fliesst kein Geld von dem gesprochenen Kredit ab. An dieser Stelle gehört ein Dank an die Firma für ihre Kulanz. Wie geht es weiter? Die Ausgangslage hat sich nicht verändert. Es steht der Lehrplan 21 mit der Digitalisierung auf das Schuljahr 2021 an, weshalb das ganze IT-Konzept erstellt werden muss. Unsere Arbeitsgruppe wird als erstes den Projektauftrag revidieren und sie wird ohne externe Unterstützung in einem ersten Schritt einen Top Down-Ansatz wählen. Das bedeutet vom Schulprozess herkommend prüfen, was es alles braucht und dann das ganze dokumentieren. Es werden andere Schulen besucht, um Erfahrungen zu sammeln. Sobald die Prozesse und Anwendungen dokumentiert sind, wird geprüft, welche Architektur dazu passt. Dort könnte es sein, dass eine externe Unterstützung hinzugezogen werden muss. Die Auswahl der Anbieter wird wohl grösser sein, weil in diesem Fall keine schulspezifischen Informatikspezialisten gesucht werden müssen. Der Kredit bleibt bestehen, wird aber selbstverständlich nur für die Erstellung dieses IT-Konzeptes für die Schule eingesetzt. Zu gegebener Zeit wird der Einwohnerrat wieder informiert.

Ursula Haag, Neueingänge: Es liegen keine Neueingänge vor.

Zu den Protokollen: Es liegen folgende Protokolländerungsanträge für das Protokoll vom 14. September 2017 von Erich Schmid vor: Seite 573: Am 9. Oktober 2017 - es heisst richtig 2012. Seite 576: beim Häfelerhau und bei der Graustrasse – es heisst richtig Austrasse. Seite 579: Ich habe mit meinen Leuten pro Jahr 30 Tonnen Stahl verarbeitet – es heisst richtig 30'000 Tonnen. Seite 580: Kosten: CHF 3.5 – es heisst richtig CHF 3.5 Mio. Seite 580: Der zweit teuerste zum Mätelsteg Faktor 2.4. Rechnet man die m² und Breite..., es heisst richtig: und somit die Breite dazu.

2 2017.30 Termine 2018

Eintreten wird nicht bestritten.

Ursula Haag: Christian Bossard ist zu uns gestossen. Wir sind nun 36 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, das absolute Mehr beträgt nun 19. Sie haben mit den Unterlagen die neuen zusätzlichen Einwohnerratstermine für das Jahr 2018 erhalten.

Keine Wortmeldungen.

Antrag

Die Sitzungstermine des Einwohnerrates für das Jahr 2018 seien zu genehmigen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3 2016.24 Postulat CVP-Fraktion betreffend Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung

Eintreten wird nicht bestritten

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat sich mit den Aussagen anlässlich der Einwohnerratsitzung vom 1. Juni 2017 auseinandergesetzt, die Voten des Einwohnerrates analysiert und im nun vorgeschlagenen Vorgehen berücksichtigt. Im Wesentlichen sind die folgenden Punkte gefordert:

- Baldmöglichst soll das Thema bearbeitet werden
- Das Verfahren soll durch einen erfahrenen externen Berater begleitet werden
- Die Führungsmodelle sollen verglichen und bewertet werden
- Der Einwohnerrat resp. die Parteien sollen einbezogen werden. Bei der Ausgestaltung des Gemeindeammann-Amtes handelt es sich um einen politischen Entscheid.

Die Führung der Verwaltung ist grundsätzlich Sache des Gemeinderates. Der Gemeinderat legt Ihnen hier seinen Vorgehensplan vor. Zusätzlich ist geplant, dass sich der Gemeinderat in der neuen Zusammensetzung in einem ebenfalls moderierten Workshop unter dem Motto "Kultur und Zusammenarbeit" begibt. Es ist das Ziel des Gemeinderates, gut in die neue Legislatur starten zu können.

Christoph Villiger: Genau darum, weil die FDP hinter einer klaren, seriösen und fundierten Beurteilung und Evaluation bezüglich einer möglichen Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung steht, wurde der Antrag über einen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 26'100 in der Fraktion sehr intensiv diskutiert. Die professionelle Begleitung dieses Prozesses durch die BDO AG wird begrüsst. Dadurch kann von den Erfahrungen der BDO nur profitiert werden. Unserer Meinung nach ist jedoch die Zielsetzung der Evaluation klar falsch formuliert. Die gewünschte Entlastung des Gemeinderates von den operativen Aufgaben darf nicht automatisch zu einer Stärkung der Verwaltung und damit einem Aufbau einer Staatsmacht führen. Als liberale Partei können wir dieser Machtverschiebung in dieser Form nicht zustimmen und nicht unterstützen. Aus diesem Grund schlagen wir als Zielsetzung der Evaluation folgende Formulierung vor: "Entlastung des Gemeinderates von operativen Aufgaben und deren Auswirkungen, inklusive Vorschlägen oder geeigneten Massnahmen". Im Weiteren sind wir überzeugt, nach Sichtung der Vorlage und Betrachtung der einzelnen Prozessschritte, dass nach dem Prozessschritt "Führungsmodell", also ungefähr in der Mitte des ganzen Prozesses, in der Vorlage auf Seite 4, unseres Erachtens eine Diskussion im Einwohnerrat geführt werden

muss bezüglich des favorisierten Modells. In einem weiteren Prozessschritt sollen Massnahmen ausgearbeitet werden. Unserer Ansicht nach macht es Sinn, dies im Rat miteinander zu diskutieren. So können wir sicherstellen, dass es in die Richtung läuft, welche wir schlussendlich auch wollen. Unter der Prämisse, dass man sowohl die Zielsetzung, wie von uns vorgeschlagen, sinngemäss nicht wörtlich anpasst und eine Diskussion in der Mitte des Prozesses stattfindet, werden wir als Fraktion der Vorlage zustimmen, auch wenn der eingangs erwähnte erste Workshop Kultur unseres Erachtens grundsätzlich wenig mit der Regulation per se zu tun hat.

Erich Schmid: Wir sind von der Vorlage weniger überzeugt. Das Postulat verlangt nicht die Einführung einer Geschäftsleitung, sondern sie verlangt die Prüfung der Einführung einer Geschäftsleitung. Der Antrag ist deshalb grundsätzlich falsch und der Antrag sollte heissen: "Für die Umsetzung des Postulats von Erich Schmid (CVP), Prüfung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung, ...". Wir sind über die Vorlage enttäuscht. Sie beinhaltet Punkte, welche uns stören. Wir werden deshalb den Antrag zur Überarbeitung zurückweisen. Uns fiel sehr negativ auf, wie lange es dauerte, den Antrag vorzulegen. Wir haben am 1. Juni darüber diskutiert. Wir hatten uns überlegt, eine dringende Motion einzugeben, damit heute der neue Antrag vorliegt. Drei Fraktionspräsidenten zusammen haben versucht, dies zu bewerkstelligen. Doch wir waren uns betreffend Termin nicht einig. Einige nannten Dezember, also heute, andere nannten Juni. Der Gemeinderat schrieb, baldmöglichst soll dies erledigt sein. Im nächsten Ziel schreibt der Gemeinderat: "mit dem angedachten Vorgehen könnte die Antwort auf das Postulat bestenfalls bis Ende 2018 vorgelegt werden". Der Gemeinderat brauchte ein halbes Jahr, um den heutigen Antrag auszuarbeiten zu einem Thema, welches baldmöglichst umgesetzt werden soll. Aus dem Antrag geht nicht hervor, was aus dem ersten Jahr resultierte und welches die Erkenntnisse aus diesem Jahr waren, welche in die neue Evaluation miteinbezogen wurden. Einfach zusammengefasst kann man sagen, das erste Jahr war ein verlorenes Jahr, es war nicht klar, was daraus resultierte. Christoph Villiger hat es bereits angesprochen, der erste Workshop "Kultur" im Januar 2018 hat nichts mit dieser Vorlage zu tun. Wenn der Gemeinderat das Gefühl hat, er brauche das, dann soll er das machen aber nicht unter dieser Vorlage. Es können nicht Äpfel mit Birnen vermischt werden. Wir stellen deshalb einen Antrag für die Reduktion des Kredites um den Betrag, welcher für den Workshop Kultur berechnet wurde. Es hat uns erstaunt, denn vor zwei Jahren hier im Rat sagte Patrick Hehli, es stimme nicht im Gemeinderat. Dieter Martin antwortete darauf am 17. März 2017, die Kultur stimme sehr wohl, der Gemeinderat gehe sogar zusammen essen etc. Die Aussage und die Durchführung eines solchen Workshops passen für uns nicht zusammen. Die Offerte der BDO gab zu diskutieren. Einerseits ist vieles ausformuliert, der grundsätzliche Ablauf sehen wir. Uns erstaunen die Kosten, welche hier zusammenkommen. Wir haben einen Ansatz von CHF 2'000 pro Tag für einen Mitarbeiter der BDO. Heute liegt noch ein Antrag Schwimmbad vor mit einem Ansatz für den Architekten von CHF 130 pro Stunde. Jetzt kann man sich fragen, wie viele Stunden arbeitet die Person der BDO. Mir ist es nicht klar. In der Offerte der BDO sollte bei einer Verrechnung von CHF 2'000 pro Tag kein Rechnungsfehler enthalten sein. Das kommt nicht gut an. Zur Person, welche hier vorgeschlagen wurde, sind keine Angaben über das Alter ersichtlich. Ein CV ohne Altersangaben finde ich komisch. Diese Person wird uns für CHF 2'000 vermittelt, weil sie einen Masterabschluss nachweist, welcher im August 2017 abgeschlossen wurde, also vor drei Monaten. Ich weiss nicht, ob die allgemeinen Geschäftsbedingungen der BDO von allen gelesen wurden. Ich empfehle sehr, diese zu lesen und ich würde diesen Vertrag nicht unterschreiben. Ich erwähnte es bereits, es dauerte ein Jahr bis zum 1. Juni 2017, bis die erste Vorlage präsentiert wurde. Und jetzt sollte baldmöglichst eine Antwort gegeben werden und man könnte Ende 2018 eine neue Vorlage präsentieren. Betrachten wir die Termine in der Kostenübersicht. In den Monaten April/Mai 2018 ist eine Tätigkeit vorgesehen und die nächste Tätigkeit im August/September 2018, das heisst vier Monate Pause. Wir haben uns gefragt, in der Vorlage sind 10 Arbeitstage der externen Beratung über ein Jahr verteilt enthalten. Das bedeutet ein Arbeitstag pro Monat. Ich weiss nicht, was dies mit baldmöglichst zu tun hat. Im letzten halben Jahr wurde verpasst, unter anderem die Meinungen der Opinion Leaders einzuholen. Ich weiss nicht, wer das sein soll. Angefragt wurden die Fraktionen noch nicht. Ich als Fraktionspräsident hätte von unserer Seite her hier gerne mitgear-

beitet. Im letzten halben Jahr wurde eine Sitzung mit der BDO abgehalten, es wurde eine Offerte eingeholt und es wurde die heutige Vorlage erstellt. Das war die Arbeit des letzten halben Jahres. Aus unserer Sicht knüpft die Vorlage an die unbefriedigende Vorlage vom Juni 2017 an. Wir weisen deshalb die Vorlage zurück und erwarten, dass sie im Januar 2018 erneut vorgelegt wird. Die Offerte der BDO ist zu hinterfragen und aus unserer Sicht muss eine Zweitofferte eingeholt werden. Der Terminplan ist so zu gestalten, dass spätestens in der September-Sitzung 2018 die Vorlage kommt. Christoph Villiger brachte die Idee eines Zwischenberichtes anlässlich einer Einwohnerratssitzung ein. Das muss auch aus unserer Sicht so sein. Als Alternative wäre eine Infoveranstaltung mit nur diesem Thema möglich oder wie gesagt als Traktandum an einer Einwohnerratssitzung. Wir haben angekündigt, wir werden den Antrag des Gemeinderates ergänzen mit dem Wort "Prüfung": Für die Umsetzung des Postulats von Erich Schmid (CVP), Prüfung der Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung. Unser Gegenantrag zum gemeinderätlichen Antrag lautet, sofern die Rückweisung nicht durchgeht, dass der Kulturworkshop gestrichen und die Kosten auf CHF 20'900 reduziert werden. Dieser Betrag entspricht in etwa der Summe, welche Christoph Villiger am 1. Juni 2017 erwähnte. Er sprach von maximal CHF 20'000.

Lukas Füglistler: Die SVP-Fraktion hat das Postulat respektive den Antrag geprüft. Grundsätzlich sind wir einstimmig dafür, dass die Vorlage geprüft wird. Ich unterstütze den Antrag von Erich Schmid mit der Prüfung der Einführung einer Geschäftsleitung. Spricht man von einer Einführung, ist eigentlich alles schon entschieden. Meiner Meinung nach ist das aber nicht so. Es macht aus unserer Sicht zu dieser Vorlage keinen Sinn, jetzt noch eine Gegenofferte einzuholen. Der Spardruck ist immer noch vorhanden. Es wurde wohl über eine Steuererhöhung entschieden, doch das ist und darf kein Freibrief sein. Werden Offerten eingeholt, dann sollten mindestens zwei oder drei Offerten eingeholt werden, um Vergleiche treffen zu können und eine Auswahl möglich wäre. Aus dieser Sicht unterstützen wir das Vorgehen der CVP-Fraktion und sind auf weitere Wortmeldungen gespannt.

Peter Marten: Wir können im Rat diskutieren wie man will. Ich habe Sympathien für die Aussagen von Erich Schmid. Doch etwas geht nicht. Man darf eine Person, welche man nicht kennt und nicht weiss, wie alt sie ist, über das Alter angreifen und demzufolge über das fachliche Können urteilen, egal ob die Person einen Masterabschluss hat oder nicht.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Im ersten Jahr wurde zusammen mit der Verwaltung die Kompetenzmatrix überarbeitet. Es wurde eine Einigung gefunden und wir sind der Meinung, es gibt diverses Potential, welches im Zusammenhang mit den Arbeiten in der Verwaltung und der Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat optimiert werden kann. Bei der Offerte handelt es sich nicht um ein Detailprogramm, insbesondere nicht in Bezug auf die Termine. Es ist eine grobe Aussage. Sie sehen auch, dass bei der Startsituation die Termine nur vorgeschlagen werden. Wir werden mit den entsprechenden Fraktionen Kontakt aufnehmen und informieren, wie wir uns das vorstellen, wie der Ablauf aussehen soll. Der Gemeinderat ist der Meinung, die BDO ist die Firma mit den meisten Erfahrungen im Zusammenhang mit Gemeindegeschäftsmodellen im ganzen Kanton. Das ist aus den Referenzlisten ersichtlich. Zeitlich lag es nicht drin, noch mehr Offerten einzuholen. Es ist auch nicht gesagt, dass Herr Wehrli, welcher dort aufgeführt ist, alles selber erledigt. Er hat die Möglichkeit, gewisse andere Leute beizuziehen. Ich möchte etwas zur gemeinderätlichen Klausur sagen. Es geht nicht darum, dass wir uns die Köpfe einschlagen resp. uns die Köpfe eingeschlagen haben, sondern es geht darum, unsere Zusammenarbeit zu analysieren um festzustellen, ob wir auf einem guten Weg sind oder nicht. Es steht dem Gemeinderat an, diese Möglichkeit zu haben, um einen solchen Workshop durchzuführen. Das wird in der Privatwirtschaft auch so gehandhabt, Klausuren durchzuführen um sich zurückzuziehen und zu prüfen, ob man auf dem richtigen Weg sei. Ich möchte beantragen, diesen Teil nicht zu streichen. Ich möchte auch beliebt machen, den Antrag nicht zurückzuweisen, sondern geben Sie uns die Gelegenheit, die Arbeit in Angriff zu nehmen.

—
Keine Wortmeldungen.
—

Rückweisungsantrag der CVP-Fraktion: Das Postulat sei zurückzuweisen.

Der Rückweisungsantrag wird mit 17 Ja-Stimmen zu 19-Nein Stimmen abgelehnt.

Antrag 1 der CVP-Fraktion: Der Verpflichtungskredit sei von CHF 26'100 auf neu CHF 20'900 zu reduzieren.

Der Reduktion wird mit 21 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen zugestimmt.

Ursula Haag: Ist der Gemeinderat bereit, ihren gemeinderätlichen Antrag gemäss Antrag von Erich Schmid mit der Ergänzung des Wortes "Prüfung" zu ergänzen?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ja.

Antrag

Für die Umsetzung des Postulats von Erich Schmid (CVP), Prüfung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung wird ein Verpflichtungskredit von CHF 20'900 bewilligt.

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen und 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen genehmigt.

4 2014.35 Legislaturziele des Gemeinderates 2014 - 2017

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat sich in dieser Legislatur nicht nur um die grossen Geschäfte gekümmert, sondern daneben sehr viele kleine Geschäfte behandelt. Teilweise haben wir auch Lehrgeld zahlen müssen. Insbesondere im Umfeld der Planung, bei den sogenannten grossen Projekte mussten wir einen kompletten Neustart machen. Das Wissen des langjährigen Ressortvorstehers Max Läng und des langjährigen Planungsleiters Thomas Brian war per Anfang dieser Legislatur vollständig weggebrochen. Max Läng trat ab und Thomas Brian ging in Pension. Weder ich noch der neue Planungsverantwortliche sind mit grosser Erfahrung im Planungswesen in die Legislatur gestartet. Dieses Wissen haben wir uns zuerst erarbeiten müssen. Zudem handelt es sich bei den grossen Baufeldern um Projekte, die in der näheren Vergangenheit ihresgleichen in Obersiggenthal suchen. Im Rahmen unserer Sparmassnahmen wurden dem Gemeinderat auch viele Mittel gestrichen. Auch fehlen uns für zusätzliche Eigenleistungen in der Verwaltung die Ressourcen. Ohne Mittel können wir nicht auf Leute zurückgreifen. Darum bin ich überzeugt, dass der Gemeinderat in dieser Legislatur sein Bestmögliches getan hat.

Ursula Haag: Ich erlaube mir, folgende Bemerkung zu diesem Papier zu machen. Es handelt sich um Vergangenes, welches nicht mehr geändert werden kann. Ich bin sicher, dass der Gemeinderat seine Erkenntnisse und Lehren daraus ziehen und bei der Formulierung der neuen Ziele berücksichtigen wird. Ich schlage vor, dass wir nur allgemeine Voten abgeben und nicht auf die einzelnen Ressorts eingehen.

Theo Flückiger: Eigentlich könnten wir sagen, wir belassen, was geschehen ist und beenden diese Legislatur gemütlich und trinken zusammen ein Glas Wein. Wir haben schwierige Jahre hinter uns. Trotzdem sind wir der Meinung, wir sollten detailliert hinschauen. Es gibt doch einige Punkte, welche nicht nur positiv sind. Betrachten wir die Liste der Legislaturziele, dann gab es bereits zu Beginn der Legislatur Diskussionen. Wir waren damals nicht überzeugt über die Liste und wir konnten mindestens dazu beitragen, dass die Liste mit den Priorisierungen ergänzt wurden. Betrachten wir nun den Status am Ende der Legislatur, dann zeigt die Liste, dass viele der gesetzten Ziele nicht erreicht wurden. Wir sind der Meinung, diese Liste zeigt das Ebenbild der letzten vier Jahre, auch über den Gemeinderat. Der Gemeinderat ist nicht als Einheit aufgetreten und wir sind der Meinung, das spürt man aus den Legislaturzielen. Es sind viele Ziele aus Einzelbereichen aufgeführt, doch es fehlen die übergeordneten gemeinsamen Ziele. Es ist aber auch ein Ebenbild der Finanzlage der Gemeinde. Wir waren während den letzten drei Jahren blockiert. Das spürt man auch und ist sicher ein Grund, warum viele der Ziele nicht umgesetzt werden konnten. Wir sind sehr dankbar, dass jetzt der Steuerfuss erhöht wurde und dass wir irgendwann wieder zur Normalität übergehen können. Es war sicher nicht der letzte Schritt, aber ein kleiner Schritt für einen normalen Alltag, damit hier im Rat nicht immer nur über Sparen oder Leistungsabbau diskutiert werden muss. In diesem Sinne möchte ich einen herzlichen Dank an alle aussprechen, welche sich für die Steuerfusserhöhung eingesetzt haben. Betrachten wir das Auswertungsblatt, dann zeigen sich lauwarmer Ziele, welche nicht umgesetzt wurden. Aus unserer Sicht ist dies ganz klar ungenügend. Wir möchten aber gleichzeitig festhalten, dass der Einwohnerrat seinen Beitrag zu diesem Resultat geleistet hat. Ich möchte deshalb den Einwohnerrat auffordern, dass wieder versucht wird, den Gemeinderat mehr zu unterstützen. Der Gemeinderat wurde oft angegriffen. Wir wünschen für die neue Legislatur mehr Zusammenhalt, auch seitens des Einwohnerrates. Wir nutzen auch die Gelegenheit, nicht nur zurückzublicken, sondern auch einen Blick in die Zukunft zu werfen. Wir von der SP/Grünen wünschen uns, dass die Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode ressortübergreifend angegangen werden. Als Gemeinderat soll man zusammenstehen und als Einheit auftreten. Nicht jeder soll seine eigene kleine Suppe köcheln. Wir wünschen uns Visionen, Ideenreichtum, auch wenn wenig finanzielle Mittel vorhanden sind. Wird das Geld sinnvoll eingesetzt, kann viel erreicht werden. Das hat uns gefehlt. Ich zeige das an einem Beispiel. Wir haben bei den Legislaturzielen die Aussage, mit der Stadtpolizei weiterhin eine gute Zusammenarbeit zu haben. Für mich ist das nicht wirklich ein grosses Ziel, das ist etwas, was bis anhin wunderbar funktionierte und keinen speziellen Effort brauchte. Warum brauchen wir die gute Zusammenarbeit? Wir stellen fest, es handelt sich um ein kleines Teilthema. Wir haben sehr viele Zusammenarbeiten, welche nicht aufgeführt wurden. Jede einzelne könnte als Legislaturziel aufgeführt werden, doch das macht wenig Sinn. Sagt man jedoch, dass wir die Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei wollen, weil wir längerfristig eine Fusion anstreben, dann ist das eine klare Aussage. Man kann aber auch genau das Gegenteil sagen, indem wir sagen, wir wollen die gute Zusammenarbeit, damit wir nicht fusionieren müssen. Dann wäre es doch ganz interessant, übergeordnet zu diskutieren und nicht darüber, weiterhin mit der Stadtpolizei gut zusammenzuarbeiten. Im Wahlkampf haben wir angekündigt, wir wollen mehr Gestaltungswillen in unserer Gemeinde. Zum Beispiel soll für unsere Poststelle im Dorf gekämpft werden, es soll weiterhin eine Grundversorgung im Gesundheitswesen in der Gemeinde möglich sein mit einem Hausarzt, es sollen Visionen für die Raumplanung entwickelt werden, bezahlbarer Wohnraum und eine nachhaltige Energiepolitik geführt werden. Es gibt noch mehr Themen. Wir fordern deshalb den künftigen Gemeinderat auf, visionäre Ziele zu fassen. Es würde uns auch einfacher fallen, einmal ein Auge zuzudrücken, wenn bei einer Auswertung nur zwei A auf einer Liste erscheinen, so wie es heute der Fall ist.

Marcel Müller: Die SVP nimmt die gemeinderätliche Berichterstattung über die Legislaturziele 2014 bis 2017 zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat für diese Übersicht. Die Resultate von Zielen und Erreichtem sind doch eher dünn ausgefallen. Ausser Goldiland wurde nichts Grösseres umgesetzt. In keinem einzigen der grösseren Baufelder, die auf Seite 14 in diesem Bericht benannt werden, sind bis heute Baumaschinen aufgefahren. Dabei wäre die Gemeinde extrem dringend auf neue gute Steuerzahler angewiesen. Bei den allermeisten Projekten, die aufgeführt sind, ist man zeitlich zum Teil erheblich im Rückstand. Wenig ruhmreich ist auch, dass man in dieser Legislatur zwei Mal den Steuerfuss um je 5 %, total also um 10 %, erhöht hat,

ohne dass das Geld in wesentliche langfristige Investitionen geflossen wäre. Die beiden Abstimmungen zu den Steuerfusserhöhungen wurden dabei vom Volk jeweils nur ganz knapp angenommen, dies obwohl sich bei den Abstimmungen jeweils fast die ganze Obersiggenthaler Politik für die Erhöhungen eingesetzt hat. Das Volk ist mit uns Politikern nicht immer ganz einverstanden bei den Steuerfusserhöhungen. Sollte sich jetzt alles um die Vorbereitung einer möglichen Verwaltungsreform drehen, das war ja in letzter Zeit und ist auch heute das grosse Thema, dann werden andere wichtigen Projekte, zum Beispiel die Bauvorhaben von Privaten, im Moment wohl weiterhin nicht mit der notwendigen Konsequenz weitergeführt. Das ist die Befürchtung der SVP-Fraktion.

Peter Marten: Zwei Bemerkungen zu Dir, Marcel. Am Schluss zählen die drei Punkte, egal, wie das Resultat zustande gekommen ist. Und zu Dir Theo, die FDP-Fraktion will sich auch in der kommenden Legislatur konstruktiv an der Vorwärtsentwicklung der Gemeinde beteiligen. Der Gemeinderat hat an der Information der Fraktionspräsidenten zur heutigen Einwohnerratssitzung die Fraktionen um ihr Feedback zu den Legislatur-Zielen 2014 bis 2017 gebeten. Die FDP-Fraktion kommt diesem Wunsch sehr gerne nach. Aus unserer Sicht fällt der Blick zurück ernüchternd aus, wenn man eine Wertung macht. Von 25 Zielen mit Priorität 1 konnte kein Ziel abgeschlossen werden und nur 3 konnten zum Teil umgesetzt werden. Von den 40 Zielen der Legislatur konnten nur 2 abgeschlossen werden, also eine Zielerreichung von 5%. Ich weiss, welches Rating ich mit einer solchen Zielerreichung für meine Qualifikation im Geschäft erhalten würde. Eine weitere Auswertung erübrigt sich, weil diese paar Zahlen aufzeigen, woran es liegt: es dauerte 2 Jahre bis die Ziele einigermassen gut dargelegt und formuliert wurden. Dies dauerte viel zu lange! Legislaturziele gehören zu Beginn der Legislatur vorgelegt. Wir erwarten, dass der neue Gemeinderat an der Sitzung vom 15. März 2018 seine Ziele vorlegen wird. Das ist möglich, wenn man den Ansatz wählt, welcher Theo vorhin beschrieben hat, sich ein grosses Bild zu machen und versucht, da die grossen Ziele zu setzen. Die Formulierung von Zielen, wie man sie messen und welche Massnahmen man treffen will, ist nicht einfach. Andererseits ist das eine der Kernaufgaben der Führung. Das gehört dazu und das muss man auch können. Fehlen Ziele, dann fehlt damit auch die Richtung und es passiert das, was in den letzten vier Jahren passiert ist. Das Schiff Einwohnergemeinde lässt sich mehr treiben als geradeaus den Dampfer zu führen. Eine weitere Managementaufgabe oder Führungsaufgabe ist das Setzen von Prioritäten. Ich weiss nicht wie es Euch ergangen wäre, doch wenn ich 40 formulierte Ziele hätte und davon 25 mit Priorität 1, dann wüsste ich irgendwann auch nicht mehr, was ich eigentlich machen soll und wo ich meine ganze Energie einzusetzen habe. Wir wünschen uns für die nächste Legislatur weniger Ziele, dafür griffigere formulierte richtige und wichtige Ziele. Die Qualität der Legislaturziele ist durchzogen, bzw. sie war ungenügend. Ich erwähne einige Beispiele, weil sie so schön sind. Die Gemeindepartnerschaften St. Maurice / Diemtigen schätze ich persönlich sehr und finde es etwas Gutes und Wertvolles. Doch ist das wirklich ein Ziel, welches in ein Legislaturziel gehört, auch Rückblickend, wenn man weiss, auf welche Probleme die Gemeinde in den letzten vier Jahren hinsteuerte? Die Bewertung C heisst laufende Aufgabe, zeigt aber ein weiteres Problem in der ganzen Geschichte, die Vermischung von strategischen Zielen mit operativen „Daueraufgaben“. Ich stehe wieder bei Dir, Theo. Die Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei Baden ist relativ einfach. Es ist ein Leistungsauftrag, welcher geprüft werden muss. Wird der Leistungsauftrag nicht erfüllt, dann muss mit dem Leistungserbringer das Gespräch gesucht werden. Es handelt sich nicht um ein strategisches Ziel. Beim Ziel Sportplätze, Bereitstellung Spielfeld für Fussballverein, zeigt sich zudem, dass selbst bei der Bewertung der Ziele jetzt am Schluss Mängel erkennbar sind. Der Fussballplatz wurde aus dem Finanzplan gestrichen, Ziel ist nicht erreicht und im Moment eigentlich abgeschlossen. Wie bewertet man nun dieses Ziel? Einfach nur mit F, Investition abgelehnt oder ist es ein D, Projekt läuft trotzdem noch irgendwie oder ist es ein C, laufende Aufgabe, wohl zumindest aus der Sicht des FC? Es ist ersichtlich, dass selbst die Wertung mit diesem Bewertungsraster schwierig ist. Was bleibt? Es bleibt der Rückblick auf eine schwierige Legislatur, die von finanziellen Problemen und aber auch von einer mangelnden strategischen Führung durch den Gemeinderat geprägt war. Ich habe bereits mehrmals im Rat betont, dass das Formulieren von Zielen anspruchsvoll ist. Ich wünsche dem Gemeinderat für die nächste Legislatur diesbezüglich mehr Erfolg. Diesen Erfolg braucht Obersiggenthal, ansonsten dauert die gefühlte Stagnation weiter an. Warum sage ich gefühlte Stagnation? Wir dürfen auch Erfolge

verzeichnen, zum Beispiel konnte das Goldiland realisiert werden. Es ist ein gelungenes Werk, die Kosten wurden eingehalten, zudem ist es ein zweckmässiger Bau. Dies geht leider bei der Bewertung dieser Ziele unter, dort wurde ein C eingesetzt, was bedeutet, laufende Aufgabe. Das könnte natürlich auch damit zusammenhängen, weil beim Ziel Behördenkommunikation ein B gesetzt wurde, was teilweise umgesetzt bedeutet.

Keine weiteren Wortmeldungen.

5 2017.12 Neubau Entsorgungsplatz im Areal Techn. Zentrum; Verpflichtungskredit von CHF 494'200, z. L. Eigenwirtschaftsbetrieb Abfallbeseitigung

Eintreten wird nicht bestritten

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich verweise auf Ihre Vorlage. Das meiste wurde geschildert. Wir möchten Sie bitten, heute einem neuen und moderneren Entsorgungsplatz zuzustimmen, welche auf die Obersiggenthaler Verhältnisse zugeschnitten ist. Es ist kein grosser Recyclingpark geplant oder ein Recyclingparadies, wie es heute manchmal heisst, sondern ein Obersiggenthaler Entsorgungsplatz, welcher für die nächste Zukunft gerüstet ist. Mittelfristig ist garantiert, dass auf andere Faktoren im Sammeln reagiert werden kann. Wir wissen alle, in den letzten Jahren hat sich das wie und was man sammelt verändert und es wird sich auch in Zukunft wieder ändern. Wir gehen davon aus, dass wir mit der jetzigen Vorlage darauf entsprechend reagieren und haben genug Platz um andere Mulden zu platzieren. Aus dieser Sicht ist es uns bewusst, dass es ein teurer Platz ist, doch es ist kein Recyclingparadies. Sie werden nicht von Montag bis Freitag bei uns entsorgen können. Wir wollen unser heutiges System mit den Öffnungszeiten weiterführen. Doch nichts ist in Stein gemeisselt. Wir müssen auch reagieren können, wenn Konsumentinnen und Konsumenten Veränderungen wünschen. Wir wissen, Papier, Karton und Kunststoff stehen zur Diskussion. Es wäre möglich, mit dem neuen Platz darauf reagieren zu können. Doch aktuell haben wir das nicht vorgesehen. Die Thematik kann immer wieder eingebracht werden. Doch im Moment möchten wir mehr oder weniger in der gleichen Art weiterfahren wie bisher. Das wichtigste für uns ist wirklich, im Zuge des Baus durch die EGS und Wasserversorgung mitzumachen. Der Platz wird mit den Unterflurcontainern sicherer und es fällt auch weniger Littering an. Das Entsorgungsmaterial kann nicht mehr einfach so abgestellt werden. Das sehen wir beim Gemeindehaus. Es ist wirklich ein guter Entsorgungsplatz für die nächste Zukunft.

Volkmar Hauelsen: Ich nehme an, Ihr habt beim Studieren der Vorlage auch ein Déjà-vu gehabt. Wir reden über das Gleiche wie vor einem halben Jahr. Es gibt einen neuen Parkplatz, es gibt die Unterflurlösung für das Altglas und das Kleinmetall. Es gibt die Lösung in der Stahlhalle für die grossen Mulden. Wir haben in der Fraktion CVP/BDP gar nicht so lange darüber diskutiert, weil es wirklich genau das Gleiche ist wie vor einem halben Jahr, auch wenn zu Beginn des Antrages gesagt wurde, es werden Fragen beantwortet und der Antrag überarbeitet. Eine Beantwortung von Fragen finde ich in diesem Antrag nicht. Eine wichtige Frage vom letzten Mal war, welche Anforderungen nicht erfüllt werden. Auf diese Anforderung wurde nicht eingetreten, denn im ersten Satz in der Kurzfassung steht, dass der bestehende Entsorgungsplatz im Technischen Zentrum (TZ) die an ihn gestellten Anforderungen nicht erfüllt. Ich habe mir die Mühe gemacht, Paragraph für Paragraph und Absatz für Absatz miteinander zu vergleichen. Es ist geschätzt zu 90 % der identische Text und sonst nur kleine Abänderungen. Die Kosten haben sich geändert, und zwar gewaltig, wenn man die einzelnen Posten betrachtet. Es gibt erhebliche Verschiebungen. Das hat uns erstaunt, wie es wohl dazu kam. In der Gesamtrechnung kommt es auf weniger als 1 % auf die gleiche Summe, knapp eine halbe Million Franken, heraus. Die Art der Finanzierung ist dieselbe wie vor einem halben Jahr. Es geht nicht von der Steuerkasse, doch es geht aus einer anderen Kasse. Doch es geht nach

wie vor aus demselben Portemonnaie. Das Geld in unserer Gemeinde kommt immer aus unserem eigenen Portemonnaie. Deswegen kommen wir in der Fraktion CVP/BDP zu dem Entschluss, wie auch schon vor einem halben Jahr, dass es sich um einen identischen Antrag handelt und den werden wir grossmehrheitlich ablehnen. Es geht nicht darum, die Leistung für den Bürger zu erhöhen. Wir können das gleiche Gebäude benutzen, welches wir seit 10 Jahren können. Es wird sogar besser, weil das Material von der Wasserversorgung in die zu bauende Halle verlegt werden wird. Auch in Zukunft kann ich mit dem Auto hinfahren, ich kann mein Glas, mein Kleinmetall entsorgen. Während den Öffnungszeiten kann ich die anderen Sachen entsorgen. Es ändert sich diesbezüglich gar nichts. Es wird nur etwas schöner. Ich sehe auch keinen Grund, warum dies nicht noch fünf oder zehn Jahre so bleiben kann. Ich sehe auch keinen Grund, warum man heute nicht die Flexibilität hat, auf andere Sammelgüter zu reagieren und noch einen Kübel mehr oder weniger hinzustellen. Es wäre doch alles möglich. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier in den letzten Monaten und Jahren zusammen über viele Beträge gerungen und sie gespart. Wir haben teilweise über wenige Tausend Franken diskutiert und sie gestrichen, welche direkt der Bevölkerung oder einem Teil der Bevölkerung zu Gute gekommen wären. Hier sprechen wir über eine knappe halbe Million Franken. Man kann dann noch die Mehrwertsteuer, die anfallen würde, abziehen. Man kann auch noch einen Betrag für Synergieeffekte abziehen, der ist hier nicht ausgewiesen. Meiner Meinung wird er nicht allzu gross sein. Doch wir sprechen immer noch über CHF 400'000, nur damit eine Entsorgungsstelle, die am Rande des Dorfes liegt, nicht mitten im Dorf, schöner wird. Ich finde, mit der Spargeschichte, die wir haben, und den Leistungen, welche gestrichen wurden, sehe ich keinen Grund an der Verschönerung der Entsorgungsstelle zuzustimmen. Meinen persönlichen Kommentar will ich noch anfügen. Es ist wirklich der gleiche Antrag wie vor einem halben Jahr. Das Gleiche nach einem halben Jahr mit denselben Randbedingungen vorzulegen und 40 Leute damit zu beschäftigen, finde ich eine Zumutung.

Ursula Spinnler: An der Einwohnerratssitzung vom 1. Juni 2017 wurde der Verpflichtungskredit mit 37 Stimmen zurückgewiesen. Unter anderem wurde damals gewünscht, dass man Papier, Karton, Plastik und Batterien ebenfalls dort entsorgen kann. Das ist aus dem Protokoll zu entnehmen. Jetzt wird uns praktisch die gleiche Vorlage präsentiert, CHF 4'200 teurer, aber immer noch ohne die Möglichkeit, die eingangs erwähnten Artikel ebenfalls entsorgen zu können. In der Analyse und im Konzept der Zürcher & Partner werden die Optimierungsmöglichkeiten und die Ideen beschrieben. So steht unter Punkt 8: "*als weitere Dienstleistung empfehlen wir, die Sammlung von Papier, Karton und Batterien ebenfalls in die Hauptsammelstelle aufzunehmen.*" Da heute unter anderem viele Sachen online bestellt werden, ist das Aufkommen von Karton in den Familien viel grösser. Es entspricht deshalb bei der heutigen Bevölkerung einem Bedürfnis, dass Papier und Karton ausserhalb der ordentlichen Sammlungen entsorgen zu können, ohne die sperrigen Sachen noch zwei Monate irgendwo im Keller zu lagern. Es soll damit aber keine Konkurrenz zu den heute bestehenden Papiersammlungen entstehen. Die FDP stimmt grundsätzlich einem Neubau des Entsorgungsplatzes Areal Technisches Zentrum zu. Nachdem alle drei Sammelstellen in der Gemeinde bereits umgerüstet wurden ist es jetzt sinnvoll, den Neubau jetzt zusammen mit den anstehenden Um-, Aus- und Neubauten im besagten Areal zu realisieren. Allerdings stellen wir folgenden Zusatzantrag: Im Preis von CHF 494'200 sollen eine Papier- und eine Kartonmulde sowie ein Depot für Batterien enthalten sein.

Eugen Paul Franz: Wir von der SVP haben über den Entsorgungsplatz beim Technischen Zentrum diskutiert, sind aber nicht auf einen gemeinsamen Nenner gekommen. Ich persönlich habe beim Lesen der Vorlage das Gleiche gedacht, wie Volkmar vorhin erwähnte. Ich habe die genau gleichen Worte bereits im Juni schon einmal gelesen. Das einzige, was sich in der aktuellen Vorlage geändert hat, die Anordnungen wurden verändert und wir halten keine Handskizzen in Händen. Das Projekt ist für mich immer noch im Luxusbereich einzuordnen. Die geplante Halle bietet Platz für die fünf bestehenden Welakimulden und eine zusätzliche Abrollmulde, wo entweder Karton oder Papier gesammelt werden kann. Was Du gesagt hast, funktioniert so nicht. Es können nicht zwei Mulden platziert werden. Ich habe mich gefragt, der Baudienst hat noch Wischgut- und Grüngutmulde, in welche der Schnitt entsorgt wird.

Bleiben die weiterhin in der freien Fläche bestehen, dann entsorgen wir immer noch viel Wasser. Dieses Material zieht Wasser auf und es wird nach Gewicht entsorgt. Genau dort würde das Argument der Kostensenkung durch weniger Wasser am meisten greifen. Ich habe mich noch bei unseren Nachbargemeinden umgesehen und musste feststellen, dass unsere Gemeinde die einzige Gemeinde ist, welche bei allen Sammelstellen für Glas und Dosen auch gleichzeitig Öl einsammelt. Betrachte ich Baden mit einem grösseren Stadtgebiet, da gibt es nur in Dättwil eine Sammelstelle für das Entsorgen von Öl. Das ist eine Kostenfrage, denn rechnen wir unsere 5 Sammelstellen, die müssen sicher alle Jahre entleert werden, dann wäre da Sparpotenzial vorhanden. Vielleicht muss sich der Gemeinderat überlegen, ob wir überhaupt an allen Sammelstellen auch eine Ölsammelstelle brauchen. Für mich sieht es aus, wie wenn der Gemeinderat unbedingt die Abfallkasse leeren will, damit die Abfallgebühren nicht gesenkt werden müssen. Die Abfallgebühren sind zweckgebunden einzusetzen. Die Kasse soll letztendlich nicht zu viel Geld in der Kasse haben. In unserer Gemeinde gibt es mehrere Gewerbebetriebe, unter anderem auch mein eigener Betrieb, welche seit Jahren Gebühren bezahlen, damit habe ich kein Problem. Doch wenn bei der Gemeinde bis anhin kein Franken an Abfallkosten verursacht wurde, dann frage ich mich schon, ob das Geld unbedingt ausgegeben werden muss. Bei den Abklärungen zum Budget bin ich auf etwas gestossen, welches mir als Dienstleister im Entsorgungssektor Kopfzerbrechen bereitet. An unseren Unterflursammelstellen werden seitens der Hersteller keine Wartungsarbeiten in einem regelmässigen Turnus durchgeführt. Ich möchte den Gemeinderat bitten, diese Thematik aufzunehmen und zu ändern. Bei den Glascontainern lastet beim Herausheben das ganze Gewicht vom Glas, wir sprechen etwa von zwei Tonnen, auf wenigen Teilen. Brechen diese Teile, dann könnt Ihr Euch selber vorstellen, was passiert, sollte ein solcher Container aus mehreren Metern Höhe zu Boden stürzen. Ich will nicht wissen, wer dann die Haftung übernimmt. Das Problem liegt darin, dass ohne Wartungsarbeiten nicht ersichtlich ist, ob etwas defekt ist oder nicht. Es wäre wohl gut investiertes Geld, einen Wartungsvertrag abzuschliessen. Bei uns herrscht Stimmfreigabe. Es sprechen Punkte für und Punkte gegen den Neubau Entsorgungsplatz. Ich persönlich finde es ein Luxusprojekt.

Markus Renggli: Nur eine Ergänzung. Mir ist erst kürzlich aufgefallen, dass wir eine öffentliche jederzeit zugängliche Batteriesammelstelle bei der Coop-Tankstelle haben. Coop hat diese Sammelstelle wohl mit eigenen Mitteln finanziert.

Franziska Grab, Vizeammann: Das Ziel war, dass sich der Entsorgungsplatz ausserhalb des Areals der Wasserversorgung und des Baudienstes befinden soll. Im Moment ist es so, dass jeden Samstag und jeden Dienstag das Areal geöffnet wird und sich die Leute bei den Mulden von der Wasserversorgung und dem Baudienst frei bewegen können. Man wollte das Ganze neu planen, damit sich die Bevölkerung nicht im Areal der Wasserversorgung und des Baudienstes aufhalten kann. Es wurde eine Lagerhalle geplant, in welcher das ganze Material verstaut werden kann. Doch trotzdem werden immer noch Mulden stehen, bei welchen wir nicht wünschen, dass private Leute Sachen darin entsorgen. Wir müssen jetzt schon ein Auge darauf haben, dass Privatpersonen während den Öffnungszeiten nichts in die Sammelmulden der Wasserversorgung und des Baudienstes entsorgen. Einer der wichtigsten Gründe ist, dass mit dem Bau der Lagerhalle mit der EGS zusammen das Areal geschlossen werden kann und die Sammelstelle autonom ist. Ich hoffe, dass dies bei Ihrer Entscheidung berücksichtigt wird. Es ist nicht nur ein Luxusprojekt. Klar, es präsentiert sich schön, wenn die Mulden alle schön in der Halle oder im Unterstand versorgt sind. Damit wird auch Ordnung geschaffen. Der Entsorgungsplatz liegt ausserhalb der Zone Baudienst und Wasserversorgung. Deshalb wurde der Unterstand gemacht, welcher geschlossen werden kann. Ist der Entsorgungsplatz offiziell nicht geöffnet, dann kann nicht jeder einfach Stahl etc., sondern nur Glas, Alu und Öl entsorgen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Die Frage der Wartungsarbeiten bei den Unterflurcontainern und auch die Frage betreffend Ölsammelstellen nehmen wir zur Prüfung entgegen. Generell hat sich unsere Umweltkommission dafür ausgesprochen, dass die Gemeinde das Gut, welches im Detailhandel zurückgegeben werden kann, nicht sammelt. Das gilt heute für Kunststoff, für alle PET und zum grossen Teil für Batterien. Beim Papier und Karton ver-

treten wir immer noch die Meinung, dass wir die Haussammlungen von Papier und Karton gefährden, wenn eine Sammelstelle für Karton und Papier geschaffen würde. Die Umweltkommission wäre allenfalls am ehesten bereit, sich über das Sammeln von Karton zu unterhalten, weil Karton zum Teil recht sperrig ist. Das Thema Papier nehme ich als Thema in die Umweltkommission mit. Wird dem Ergänzungsantrag zugestimmt, dann ist es klar, dann muss die Anschaffung einer Mulde für Karton und Papier geprüft werden. Wir haben die Befürchtung, dass wir einerseits die Vereine und andererseits das kulturelle Leben in der Gemeinde gefährden. Papier nimmt so oder so ab. Wir wissen alle, es werden weniger Zeitungen abonniert. Wir sind sehr unsicher, deshalb wollen wir es vorläufig bei den Haussammlungen belassen.

Josef Sieber: Wir haben in den letzten Jahren doch verschiedene Kredite abgelehnt. Darunter waren auch Kredite, welche Mitbürgerinnen und Mitbürgern weh taten. Überlegt Euch gut, was wir hier sagen, ob ja oder nein und überlegt die entsprechende Begründung gegenüber den Personen, denen es weh tut.

Ursula Haag: Ich habe eine Frage an die FDP. Ihr habt gehört, dass es nur möglich wäre, eine Mulde mehr zu stellen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Das muss geprüft werden. Ich kann aber nichts versprechen. An und für sich müsste alles Platz haben, es muss aber eine andere Lösung gesucht werden. Wir müssen prüfen, was Platz hat.

Ursula Haag: Dann nehmen wir den Zusatzantrag zum Antrag hinzu?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es heisst, eine Papier- und Kartonmulde wird beschafft zum gleichen Preis? Ich bin skeptisch, ich habe keine Ahnung.

Eugen Paul Frunz: Bedeutet dieser Antrag, dass die Gemeinde die Mulde beschaffen muss? In der Regel wird die Mulde vom Unternehmer gestellt. Wenn Ihr hier schreibt, es muss beschafft werden, dann müssen wir beschaffen.

Stefan Semela: Wir haben es schon mehrfach gehört. Die Vorlage kommt sehr schwach daher. Wir haben beim Durchlesen auch festgestellt, wenn wir nicht an Alzheimer leiden, dass diese Vorlage zurückgewiesen wurde wegen Papier und Karton. In der neuen Vorlage steht kein Wort darüber. Es kommt einfach noch einmal das genau gleiche daher. Ich bin kein Kunde dieser Sammelstelle. Josef, ich weiss auch nicht, wen Du ansprichst und wem dies weh tun soll, wenn diese Sammelstelle nicht kommt. Es gibt genügend andere Angebote in der Region. Ich bin im Moment soweit, dass ich den Antrag ablehnen werde, wenn es kein Rückweisungsantrag gibt. Das Ganze ist nicht durchdacht. Wird eine Vorlage gebracht mit dem Gedanken, das zweite Mal rutscht sie schon durch, sorry, Marie-Louise, das ist einfach nicht erfüllt. Sonst stelle ich noch einmal einen Rückweisungsantrag. Vielleicht klappt es dann beim dritten Mal.

—
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Verpflichtungskredit von CHF 494'200 brutto inkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung für den Neubau eines Entsorgungsplatzes im Areal des Technischen Zentrums Gässliacker, Nussbaumen, wird bewilligt (Preisstand 3. Quartal 2017). Im Preis von CHF 494'200 muss eine Papier- und Kartonmulde bereitgestellt werden.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

6 2017.34 Grundwasserfassung Aesch / Durchführung Pumpversuche; Verpflichtungskredit von CHF 210'600

Eintreten wird nicht bestritten

Franziska Grab, Vizeammann: Wir behandeln ein etwas ungewöhnliches Geschäft. Es geht um Pumpversuche im Grundwasserpumpwerk Aesch. Ich zeige Ihnen auf, wie eine Schutzzone ausgeschieden wird. Im Normalfall wird ein Auftrag an eine Fachperson erteilt zur Erarbeitung der Schutzzone von der Abteilung für Umwelt, von der Wasserversorgung und vom Grundeigentümer. Die Erarbeitung der notwendigen Unterlagen geht in die Vorprüfung. Anschliessend erfolgt die Bereinigung und Besprechung. Die betroffenen Personen werden orientiert. In dieser Phase können die Grundeigentümer schlussendlich bei den Einzelverfügungen Beschwerde erheben, wenn sie mit der ausgewiesenen Schutzzone nicht einverstanden sind. Grundsätzlich stehen wir heute bei diesem ganzen Ablauf am Anfang. Wir sind noch nicht soweit, um Schutzzone ausscheiden zu können. Wir kennen zwar die Grösse der heutigen Schutzzone. Wir kennen die Anzahl Liter, welche wir pumpen dürfen. Wir möchten gerne mit Pumpversuchen herausfinden, wie sich die Schutzzone verändern könnte. Der Grundwasserspiegel hat sich mit dem Kraftwerksbau im Kappelerhof erhöht. Wir sind nicht ganz sicher, ob die Schutzzone, wie sie heute ist, wirklich noch so ausgeschieden werden können. Es kann durchaus sein, dass sie sich leicht verschieben. Nach den Pumpversuchen wollen wir alles mit den Grundeigentümern besprechen um zu sehen, welche Einflüsse nach Festlegung der Schutzzone bestehen. Es kann zum Beispiel um Zahlung von allfälligen Entschädigungen gehen etc. Bei den Schutzzone S1 und S2 bestehen für die Landwirte massive Einschränkungen beim Anbau. Es gibt Vorschriften, dass auf diesen Flächen kein Gemüse mehr angebaut werden darf. Diese Vorschriften wurden verschärft. Bis jetzt wurden diese Vorschriften noch nicht umgesetzt. Wir haben uns schon vor acht Jahren damit befasst. Bund und Kanton sagten bereits damals, man solle die Schutzzone langsam umsetzen. Die Schutzzone müssen neu verfügt werden. Alle Konzessionen zur Trinkwasserförderung laufen im Jahre 2020 aus. Bis zu diesem Termin müssen die Schutzzone festgelegt werden, damit die Konzessionen neu ausgesprochen werden. Muss die Schutzzone vergrössert werden? Wird weiterhin gleich viel Wasser gewonnen wie bisher, braucht es keine Vergrösserung der Schutzzone, je nachdem, wie sich der Grundwasserspiegel veränderte, muss die Schutzzone etwas verschoben werden. Muss zukünftig mehr Wasser aus der Pumpstation gewonnen werden als bisher, gemäss Aussagen aus den 70er-Jahren kann man das, muss eine zweite Schutzzone ausgeschieden respektive eine grössere Schutzzone festgelegt werden. Wir wollen diese Pumpversuche durchführen, um zu ermitteln, welche maximal mögliche Trinkwasser-Fördermenge im Grundwasserpumpwerk Aesch möglich ist. Nach Aussage der letzten Pumpversuchen in den 70er-Jahren sollte viel mehr möglich sein. Wegen den Veränderungen im Grund können wir das aber nicht 100 % bestätigen. Es kann auch durchaus sein, dass nicht mehr Wasser gefördert werden kann. Die S2-Zone wurde massiv verschärft. Für die Neukonzessionen im Kanton Aargau passieren verschiedene Sachen. Werden die Schutzzone bei allen Pumpstationen neu verfügt, wir sprechen von den Pumpstationen der Stadt Baden und Ennetbaden, dann werden diese Konzessionen nicht mehr erteilt, weil die Auflagen und Vorschriften über die Schutzzone S2 nicht erfüllt werden. Wir müssen deshalb prüfen, welche Möglichkeit zur Wasserentnahme wir haben. Ich zeige Ihnen ein Muster eines Schutzzone-reglementes. Auf einer Folie zeige ich Ihnen die heutige Schutzzone S2. Dieses Land gehört der Wasserversorgung und ist nicht Fremdeigentum. Die S2 und S3 sind unsere heute bestehende Schutzzone mit unserer heutigen Wasserfördermenge. Stellt sich heraus, dass wirklich 10'000 Liter gefördert werden könnten, dann müsste es eine neue Schutzzone S2n und S3n geben. Die Schutzzone würden massiv vergrössert. Es ist aber schon so, dass die neuen Schutzzone S2n und S3n erst verfügt werden, wenn die Stadt Baden oder Freienwil oder wer auch immer von uns Wasser holen will. Erst wenn die Menge Wasser gefördert wird, welche wir weitergeben wollen, werden die Schutzzone in Kraft gesetzt resp. umgesetzt. Wir wollen die Schutzzone jetzt ausscheiden und die Grösse festlegen, denn das gibt Rechtssicherheit für die Landwirte. Die Landwirte wollen wissen, wie es mit den Schutzzone weitergeht. Auf den Schutzzone S2 kann nicht mehr

alles angepflanzt werden. Wir müssen dann prüfen, welche Gemüsekulturen nicht mehr angepflanzt werden dürfen. Ist die Schutzzone S2 so gross, dann bedeutet das eine massive Einschränkung der Landwirte. Es ist auch so, dass die Stadt Baden respektive die Regionalwerke zwei Pumpwerke hat, welche die Schutzzeitenbestimmungen nicht mehr erfüllen. In den Schutzzeiten S2 darf in Zukunft nichts mehr überbaut sein. In der Stadt Baden ist auf den Schutzzeiten S2 alles überbaut. Wir führten vor fünf Jahren Verhandlungen mit der Stadt Baden. Baden wollte bei uns bis zum Limit Wasser pumpen, weil die Bevölkerung mit Wasser versorgt werden muss. Baden wollte unsere Pumpstation übernehmen. Nach unserer Konsultation mit unserem Fachspezialisten haben wir bei den damaligen Verhandlungen aufgezeigt, dass wir unser Tafelsilber nicht einfach so verkaufen werden. Wir wollen den Ausbau selber an die Hand nehmen und der Stadt Baden das Wasser zu Gestehungskosten abgeben. Mit Wasserpumpen darf kein Gewinn erwirtschaftet werden. Wasser muss zu Gestehungskosten abgegeben werden. Baden hätte eine Leitung zu unserem Pumpwerk verlegen lassen können, das Pumpwerk wäre durch uns ausgebaut worden, um mehr Wasser pumpen zu können. Baden hat unser Vorschlag nicht gefallen. Baden versucht nun beim Kanton ihre Konzessionen bei den bestehenden Pumpwerken zu verlängern. Der Kanton sagte uns ganz klar, dass sie das Vorgehen nicht so sehen. Deshalb beteiligt sich der Kanton bei den von uns vorgeschlagenen Pumpversuchen mit CHF 50'000. So haben wir nachher eine Rechtssicherheit. Wir haben auch Kenntnisse über Projekte mit Eingrabungen von Leitungen über das Kulturland. Werden diese Leitungen eingegraben und die Schutzzeiten sind noch nicht ausgewiesen, wie zum Beispiel bei der Schutzzeit S3n oder S2n, dann müssen wir auf unsere Kosten diese Leitungen ausgraben und verlegen. Das wollen wir auf keinen Fall. Werden die Schutzzeiten ausgewiesen und verfügt, dann können wir später sagen, wenn Baden oder Freienwil bei uns Wasser beziehen will, wo die Leitungen zu verlegen sind. Selbstverständlich wird die Schutzzeitenverfügung zusammen mit den Landwirten erarbeitet. Werden die Schutzzeiten wirklich so gross werden wie S2n und S3n, dann ist klar, dass durch die Einschränkungen für die Landwirte über eine Entschädigung diskutiert werden muss. Das wird dann mit der Ausarbeitung eines Schutzzeitenreglementes thematisiert. Das sind Kosten, welche zu den sogenannten Gestehungskosten, wenn andere kommen um Wasser zu holen, weiter verrechnet werden können. Wir haben uns vorgestellt, nach Absprache mit den Landwirten, dass während den Wintermonaten Pumpversuche durchgeführt werden. Wir müssen Leitungen verlegen, welche in die Regenentlastung Limmat einfließen. Diese Leitungen sind oberflächlich und nicht im Boden verlegt. Einzig bei Wegkreuzungen werden die Leitungen eingegraben. Sie sehen auf dem Plan, was vorgesehen ist.

Ursula Haag: Ich begrüsse Christine Brüesch. Es sind somit 37 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

Urs Müller: Die Fraktion SP/Grüne diskutierte dieses Traktandum kontrovers. Es wird wieder eine Vorlage präsentiert und darin steht immer ein Satz: "*Die Investitionen haben keinen Einfluss auf die Steuerkasse der Einwohnergemeinde*". Wir haben vorhin von Eugen und von Volkmar bei der Abfallbeseitigung bereits eine entsprechende Bemerkung gehört. Wir fragen uns, wenn unsere Gemeindekasse damit belastet würde, würden wir heute auch über diese Vorlage diskutieren? Oder ist es jetzt im Moment nicht einfach nice to have als wirklich notwendig? Wir stellen einige Fragen. Je nachdem, wie diese beantwortet werden, werden wir unsere Meinung dazu äussern. Vor zwei Monaten lag ein Finanzplan der Wasserwerke für die Jahre 2018 bis 2022, sogar bis 2032 auf. Es wurde von diesem Pumpversuch nichts erwähnt. Vielleicht habe ich es übersehen. Doch ich verstehe nicht, warum dieser Pumpversuch nicht darin enthalten war. Warum war der Pumpversuch nicht im Finanzplan enthalten? Wie begründen wir die Überwälzung des Betrages an die Wasserwerke? Ich habe im Leitbild der Wasserversorgung nachgelesen. Dort steht bei den Aufgaben der Wasserversorgung: "*Sicherstellung der Wasserversorgung in unserer Gemeinde mit qualitativ gutem Trinkwasser und Bereitstellung der notwendigen Reserven für die Feuerwehr*". Es steht nichts von Verpflichtungen gegenüber anderen Gemeinden. Nun zum dritten Punkt, es wurde bereits angedeutet, mit welchen finanziellen Folgen müssten wir rechnen, wenn die Pumpenausschöpfung ausgeweitet wird? Liegen Kostenschätzungen vor? Wäre das Projekt im ordentlichen Budget vorgelegt worden, würden wir darüber abstimmen? Wir alle wissen, dass beim Budgetprozess über jeden Franken

diskutiert und nach Sparmassnahmen gesucht wurde. Wir bitten um Beantwortung und Klärung unserer Fragen.

Franziska Grab, Vizeammann: Wäre das Vorhaben im ordentlichen Budget enthalten gewesen, würde es heute auch hier auf dem Tisch vorliegen. Als damals die Verhandlungen mit der Stadt Baden abgebrochen wurden, haben wir das Projekt nicht weiterverfolgt. Der Kanton sagte aber ganz klar, das Wasser gehört allen. Wir müssen Wasser abgeben, ob wir wollen oder nicht. Wir müssen mit Baden verhandeln, zu welchen Bedingungen wir das Wasser abgeben wollen. Der Kanton will nicht über einen Ausbau bestimmen und festlegen, zu welchen Kosten die Abgabe zu erfolgen hat. Bei den damaligen Verhandlungen mit Baden wurden die Pumpversuche diskutiert. Die Stadt Baden hatte die Verhandlungen abgebrochen, weil sie über eine Kostenbeteiligung nicht begeistert waren. Überall heisst es, wenn die Regionalwerke Baden kommen, sage man Dankeschön, dass ihr bei uns ausbauen wollt. Doch bei uns war es anders. Wir sagen, es ist unser Pumpwerk und wir betreiben dasselbe. Die Kosten, welche durch den Ausbau verursacht werden, werden über den Wasserpreis weiterverrechnet. Schlussendlich entstehen uns keine Mehrkosten. Es ist klar, die Pumpversuche, die jetzt durchgeführt werden müssen und an welche der Kanton CHF 50'000 bezahlt, werden später weiterverrechnet, wenn die Regionalwerke oder Freienwil anschliessen. Freienwil hat ihren Vertrag mit Ennetbaden gekündigt, weil Ennetbaden ihr Pumpwerk auch nicht mehr weiter betreiben darf. Auf den Kosten, die wir jetzt hier ausgeben, bleiben wir nicht sitzen. Diese Kosten verrechnen wir an die Parteien weiter, welche bei uns Wasser beziehen werden. Der Kanton ist deshalb sehr darauf erpicht, dass diese Pumpversuche durchgeführt werden. Dann weiss man, wieviel Wasser überhaupt gefördert werden kann. So könnte man dann sagen, es wäre ein Regionales Pumpwerk, was übrigens in den 70er Jahren bereits einmal angedacht war. Doch damals machten alle was sie wollten. Die Schutzzonenvorschriften wurden nun dermassen verschärft, auch aufgrund vom Bundesgesetz, dass die Pumpwerke geschlossen werden. Vor fünf oder sechs Jahren, als wir die Verhandlungen mit den Regionalwerken führten, wollten wir dies im Investitionsplan aufnehmen. Doch als die Verhandlungen abgebrochen wurden, sahen wir keinen Grund, diese Pumpversuche im Investitionsplan zu belassen. In der Zwischenzeit sehen wir aber auch die Situation unserer Landwirte. Diese müssen auf Jahre hinaus planen, wenn auf der S2 kein Gemüse mehr angepflanzt werden darf, auf solchen Grünzonen sind nur noch Blumenwiesen erlaubt, also keine Zuckerrüben oder Mais, dann müssen die Landwirte wissen, wie sie ihr Geld verdienen können. Es ist nur fair den Landwirten gegebenerüber, dass sie wissen, worauf sie sich vorbereiten müssen. Man kann natürlich auch sagen, wir warten, bis der Kanton uns das verfügt. Doch dann müssen die Pumpversuche vielleicht nicht im Winter, sondern im Sommer durchgeführt werden. Das tut jedem Landwirt weh, weil dann die Felder nicht bewirtschaftet werden können. Es fehlt dann die Zeit, miteinander etwas auszuarbeiten, damit jeder zufrieden über die Verfügung der Schutzzonen ist. Im Jahr 2020 laufen die Konzessionen ab. Sicher wird es noch Verlängerungsmöglichkeiten geben, aber sicher nicht auf die nächsten 20 Jahre. Der Kanton hat uns sehr kurzfristig mitgeteilt, dass er die Pumpversuche unbedingt wolle und er diese ins Kantonsbudget aufgenommen habe. Unsere Vorlage entstand sehr zügig als wir hörten, dass der Kanton das will. Der Kanton interessiert es schlussendlich nicht, wann wir die Pumpversuche durchführen. Er sagt, wir müssen sie durchführen und wir wollen diese zu einem Zeitpunkt durchführen, bei welchem unsere Landwirte möglichst wenig eingeschränkt sind. Darum haben wir entschieden, diese Vorlage heute dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Marcel Müller: Wenn ich das richtig verstehe, dann brauchen wir im Prinzip nicht mehr Wasser. Doch die anderen wie zum Beispiel Baden oder Freienwil haben ein Problem mit ihren Pumpwerken. An einigen Orten wurde gebaut mit Realisierung von Profit, doch jetzt kann das Pumpwerk nicht weiter betrieben werden. Frage 1: Was passiert, wenn die Pumpversuche nicht erfolgreich sind? Bleiben wir auf den CHF 210'000 sitzen? Beteiligen sich umliegende Gemeinden an den Kosten, auch wenn die Pumpversuche nicht erfolgreich sind? Zweite Frage: Wer garantiert uns, wenn unsere Pumpversuche erfolgreich sind, dass Baden und Freienwil zu uns kommen? Was passiert, wenn Baden oder Freienwil eine andere Lösung gefunden haben? So wie es aussieht, will vor allem der Kanton diese Pumpversuche. Ich finde, dann sollen

sich die anderen an den CHF 210'000 mitbeteiligen, damit wir nicht auf den CHF 210'000 sitzenbleiben.

Franziska Grab, Vizeammann: Es besteht ein Risiko, dass wir auf den CHF 210'000 resp. CHF 160'000 sitzen bleiben, wenn der Brunnen nicht so viel Wasser fördern kann wie aus früheren Jahren vermutet. Wir müssen diese Situation dann mit dem Kanton prüfen und festlegen, was dann passieren würde. In der Region sind wir das einzige Pumpwerk, welches eine solche Menge Wasser fördern kann. Können wir die Menge Wasser, die sich der Kanton erhofft, nicht fördern, dann hat die Stadt Baden ein riesiges Problem. Baden kann nirgends bohren und Wasser holen. Baden müsste über die Bücher gehen. Baden stützt sich auf die 70er-Jahre ab und sagt, dass wir theoretisch 12'000 Liter pro Tag pumpen.

Daniel Meier: Auch wir haben in der CVP ähnlich kontrovers diskutiert. Wir sehen einerseits das Bedürfnis und haben offenbar viel Wasser. So wie man liest, haben wir eher noch mehr Wasser, dank den Ausbauten im Kappelerhof. Ob der Grundwasserstrom immer noch so fliesst, das würden wohl die Messungen aufzeigen. Doch es hat noch einige Unbekannte in diesem ganzen Projekt. Führen wir heute diese Messungen durch und versuchen, diese Schutzzonen zu definieren, dann wissen wir überhaupt noch nicht, welchen Bedarf die Stadt Baden oder Freienwil hat. Wir wissen wohl, dass wir heute in etwa einen Achtel, also einen sehr kleinen Teil, brauchen vom Grundwasserstrom, welcher im Jahre 1970 evaluiert hatte. Kommt nun die Stadt Baden und nimmt die restlichen 7/8, heisst das dann, dass das halbe Feld nur noch als Blumenwiesen nutzbar ist? Wir müssten dann unseren Landwirten Kompensationszahlungen leisten. Können wir das über den Wasserpreis abgelden? Können wir die CHF 160'000 verrechnen? Das sind offene Fragen, welche aus der Vorlage nicht beantwortet werden. Das war ein Punkt, weshalb wir uns die Frage stellten, sollten wir den Antrag unterstützen oder nicht.

Franziska Grab, Vizeammann: Grundsätzlich ist das so, dass die Kosten weiterverrechnet werden können. Wenn wir das Pumpwerk ausbauen müssen, dann folgt hier im Einwohnerrat ein nächster Kreditantrag für den Ausbau des Pumpwerks. Im Moment haben wir zwei Pumpen im Pumpwerk. Müsste nun die Stadt Baden mit Wasser versorgt werden, dann wird eine dritte Pumpe benötigt. Wir haben das Ganze mit einem Geologen, einem Finanzexperten und einem Ingenieur besprochen. Alle sagen das gleiche, wir können die Kosten auf den Wasserpreis rechnen, auch wenn Entschädigungen an die Landwirte folgen, genauso wie der Pikett-Dienst. Vielleicht muss eine andere Organisation für die Sicherstellung der Wasserlieferung an die ganze Region sorgen. Das alles kann auf den Preis vom Wasser angerechnet werden. Man kann Baden auch fragen, sie sollen sich einkaufen. Doch das wollen wir eigentlich nicht. Das Pumpwerk ist unser Tafelsilber und wir wollen bestimmen, was läuft und wir wollen nicht von den anderen fremdbestimmt werden. Geben wir der Stadt Baden Wasser ab, dann wird das so berechnet, dass wir für uns genügend Reserven haben. Wir geben sicher nicht alles Restliche ab und sagen wir brauchen 4000 und ihr könnt 8000 haben. Es besteht ja auch bei uns die Möglichkeit, dass wir wachsen und vielleicht einmal mehr Wasser benötigen. Doch aufgrund der kantonalen und bundesrechtlichen Bestimmungen können wir nicht sagen, die ganze Sache interessiert uns nicht. Werden wir uns nicht einig mit den Gemeinden, welche bei uns Wasser holen wollen, dann bestimmt der Kanton, wie die Wasserabgabe zu erfolgen hat.

Daniel Meier: Das Verrechnungsmodell findet man nirgends.

Franziska Grab, Vizeammann: Das wurde mit dem Ingenieur und dem Finanzexperten nur vorbesprochen.

Daniel Meier: Doch wenn wir nun plötzlich die Wasseroase im Tal sind, weil die anderen plötzlich ausgetrocknet sind, dann können Zusatzeinnahmen generiert werden?

Franziska Grab, Vizeammann: Nein, das ist gesetzlich verboten. Im Bundesgesetz ist geregelt, dass man sich mit dem Gut Wasser keine goldene Nase verdienen darf.

Markus Renggli: Betrachte ich den Plan, dann kommt mir OASE in den Sinn. Eine Idee wäre doch, die Schutzzonen so auszuweiten, dass die OASE gar nicht stattfinden kann. Das wäre die Antwort an den Kanton.

Franziska Grab, Vizeammann: Die Schutzzone wird durch den Lauf der Limmat mit ihrem Grundwasserspiegel berechnet.

Stefan Semela: Auch die FDP-Fraktion hat das Geschäft eingehend beraten. Liest man die Vorlage, dann stellt man sich die Frage, warum macht man das überhaupt? Wir haben Zusatzinformationen erhalten, auch heute im Rat, welche die ganze Sache plausibler macht. Das Werk ist im Moment in der Lage, 4000 m³ pro Tag zu fördern. Der Gesamtbedarf von Obersiggenthal liegt bei 2000 m³. Wir haben also auf der heutigen Anlage eine doppelte Kapazität als benötigt. Jetzt wird von 17'000 m³ pro Tag gesprochen. Wir haben uns erkundigt, ob schon konkrete Begehren von Baden oder Freienwil vorliegen. Von Baden her wurde das Vorhaben zurückgestellt. Andere Gemeinden könnten noch Ausnahmegewilligungen für ihre bestehenden Anlagen beantragen. Alles ist relativ unsicher. Klar, das Wasser gehört dem Kanton. Im Maximum kann das Geld, welches ausgegeben wurde, über den Wasserpreis wieder reingeholt werden. Beim Wasser darf kein Gewinn erwirtschaftet werden. Wir haben aber einen grossen Nachteil zu tragen, denn die Ausweitung der Schutzzonen betrifft die Grundeigentümer. Es ist eine schwierige Situation. Eine Dringlichkeit sehe ich nicht. Ich weiss auch nicht, warum der Kanton wegen der Erneuerung der Schutzzonen-Reglemente 2020 es gerne hätte, ein Wasserreduit zu erstellen. So bestünde für den Kanton die Möglichkeit, den anderen, wenn diese ein Gesuch um Ausnahmegewilligung stellen, zu sagen, nein, ihr müsst das Wasser in Obersiggenthal beziehen. Unsere Interessen sind hier aber nur am Rand betroffen. Würde unsere Anlage wirklich voll genutzt, dann wären wir selber ja nur ein kleiner Nutzer. Was ist die Überlegung und Strategie, warum das Ganze nicht durch die Regionalwerke umsetzen zu lassen? So hätten wir nicht den ganzen Aufwand und nur höchstens unsere Kosten gedeckt.

Franziska Grab, Vizeammann: Wird das ganze Pumpwerk den Regionalwerken verkauft, dann bestimmen diese, welche Armaturen und Apparate dort stehen. Die Regionalwerke können dann ihre Kosten auf unseren Wasserpreis schlagen, den wir zu bezahlen haben.

Stefan Semela: Das würden wir ja auch machen. Doch wenn wir jetzt 20 % Nutzen einer Anlage sind, wieso sagt man dann nicht, dass diejenige, die sie wirklich nutzen, auch zahlen müssen?

Franziska Grab, Vizeammann: Die Anlage steht auf unserem Land. Es ist ungewöhnlich, eine solche Pumpstation dem Nachbardorf zu verkaufen.

Stefan Semela: Man versuchte bereits in den 70er Jahren, etwas Regionales daraus zu machen. Doch es geht anscheinend nicht mit den Gemeinden.

Franziska Grab, Vizeammann: Damals waren die Schutzzonenbestimmungen noch anders, es wurde auch die Tiefe des Grundwasserstroms miteinbezogen. Das Bundesgesetz wurde geändert. Es ist heute nicht mehr relevant, wie tief der Grundwasserstrom ist. Es wird nur noch die Fläche oben ausgeschieden. Viele kommen nun in Bedrängnis. Unser Grundwasserstrom liegt ca. 37 m unter Boden. Theoretisch kann man sagen, es ist egal, was oben gepflanzt wird. Bei einer Tiefe von 37 m ist es doch egal, ob ein Rüebli gepflanzt wird oder nicht. Doch es gibt viele Grundwasserströme, die liegen nur 4 oder 5 m unter Boden. Dort ist ausschlaggebend, was da gepflanzt wird. Das ist eine Diskrepanz, welche wir mit Bund und Kanton haben. Wir werden versuchen, wenn die Schutzzonen vergrössert werden müssen, dass wir eine sogenannte Ausnahmegewilligung für die Bepflanzung erwirken können. Es muss eine offenere Formulierung möglich sein, damit unter Umständen unsere Landwirte in den Zonen S2n und S3n nicht nur eine Blüemliwiese pflanzen dürfen, sondern vielleicht doch noch Zuckerrüben, Mais oder was auch immer.

Stefan Semela: Eine letzte Frage. Du sagst, wir wollen nicht an die Regionalwerken verkaufen, sondern selber betreiben. Doch ist es nicht möglich, ein gemeinschaftliches Werk zu erstellen wie in den 70er Jahren angedacht? Besteht da kein Interesse?

Franziska Grab, Vizeammann: Das müsste miteinander ausgehandelt werden. Doch nichts desto trotz müsste sich die Stadt Baden, wenn es auch ein gemeinsames Werk wäre, einkaufen. Die Stadt Baden bekommt sicher nichts gratis. Die Pumpversuche machen wir in erster Linie nicht nur für uns, sondern für die andern, weil wir Wasser abgeben müssen. So sollten sich diese Gemeinden anschliessend an den Kosten beteiligen. Der Kanton ist daran interessiert. Es sind nicht die Schutzzonen, die jetzt verfügt werden müssen. Klar müssen sie verfügt werden, seitens vom Bund eigentlich bereits seit 8 Jahren. Doch der Hauptgrund ist der, alle Konzessionen im Kanton Aargau laufen im Jahr 2020 aus. Diese müssen erneuert werden. Diese können nur erneuert werden, wenn die Schutzzonenbestimmungen erfüllt werden. All diese Gemeinden versuchen nun, auf Gedeih und Verderben Ausnahmegewilligungen zu erhalten. Doch der Kanton will diese nicht erteilen, weil er sonst seine Glaubwürdigkeit verliert.

Stefan Semela: wir haben innerhalb der Fraktion verschiedene Meinungen. Wir sind über das Abstimmungsergebnis gespannt.

Eugen Paul Frunz: Habe ich richtig verstanden, die CHF 210'000 bezahlen wir, damit der Kanton seine Glaubwürdigkeit nicht verliert?

Franziska Grab, Vizeammann: Wir bezahlten die CHF 210'000 minus CHF 50'000. Wir bezahlten die CHF 160'000, damit unsere Landwirte und wir Rechtssicherheit haben, für all die Projekte, die rundum angedacht sind und damit wir nicht in irgendwelche Kosten hineinsteuern. Schlussendlich hat die Wasserversorgung keine Lust, Leitungen im Boden auf eigene Kosten zu verlegen. Dies kann ohne ausgewiesenen Schutzzonen nicht verhindert werden. Nach Festlegung der Schutzzonen müssen auf unsere Kosten solche Leitungen verlegt werden. Es geht in ein gleiches Kapitel, der Kanton versuchte schon einmal einzuzonen und meinte, es solle entlang der Landstrasse Blöcke gebaut werden. Da haben wir schon gestaunt. Es wird von neuen Schutzzonenverfügungen gesprochen und gesagt, diese dürfen nicht überbaut werden. Würden wir das so umsetzen, so hätten wir das gleiche Problem wie die Stadt Baden, welche die ganze Schutzzone überbaute. Dann hätten wir irgendwann ein regionales Problem.

Peter Huber: In der SVP wurde dieses Sachgeschäft kontrovers diskutiert. Wir hatten aber den Vorteil, dass die Gemeinderätin in unserer Fraktion ist. Für uns ist Wasser ein super Gut, welches wir hegen und pflegen müssen. Für uns ist wichtig, dieses Gut auch nicht aus der Hand zu geben. Wir müssen schauen, dass das Wasser auch für unsere nächsten Generationen noch reicht. Wir sprechen auch davon, dass wir vergrössern, mehr bauen wollen. Es wird auch immer wärmer, das kommt dazu. Wir werden mehr Wasser brauchen. Es macht für uns Sinn, diese Pumpversuche zu machen. Man kann über den Zeitpunkt der Pumpversuche sicher diskutieren. Aber sie müssen gemacht werden, damit die Schutzzonen neu festgelegt werden können und dass festgestellt werden kann, ob wir überhaupt Wasser für unsere Nachbarn liefern können. Wir klemmen bei unseren Nachbarn sowieso überall das Geld ab. Das wäre aber ein Gut, welches weitergegeben werden könnte, ohne Geld zu verlieren oder auszugeben. Darum stehen wir hinter diesem Antrag.

Peter Marten: Zwei Sachen sind mir nicht ganz klar. Mitte August wird der Finanzplan erstellt für das Wasser. Am 28. September 2017 findet die Budgetsitzung statt. Am 5. Oktober 2017 wird diese Vorlage erstellt. Es ist bewundernswert, dass mit der chronischen Überlastung die Vorlage so schnell erstellt werden konnte? Das hätte ja innerhalb einer Woche geschehen müssen. Am 3. Oktober 2017 eingereicht und am 5. Oktober 2017 wird diese Vorlage erstellt? Es ist mir unklar, dass das so schnell passieren konnte. Es ist mir auch unklar, wie man diese Kosten in der Anlegebuchhaltung aktivieren will ohne konkretes Projekt? Das ist mir neu.

Linus Egger, Gemeinderat: In der Vorlage unter Punkt 6 im letzten Satz wurde folgendes aufgeführt: *"Da es noch unsicher ist, wie es nachher weitergeht, schlägt der Gemeinderat vor, die Investition für diese Pumpversuche sofort in der Erfolgsrechnung abzuschreiben. Es werden deshalb keine Investitionsfolgekosten ausgewiesen"*. Folgt im Anschluss eine Investition, dann kann man es aktivieren. Doch so, wie es im Moment vorliegt, muss es in der Erfolgsrechnung abgeschrieben werden.

Josef Sieber: Habe ich jetzt nicht aufgepasst oder wurden zwei Fragen noch nicht beantwortet? Was ist, wenn Baden und Freienwil wider Erwarten das Wasser nicht brauchen? Was ist dann mit den CHF 160'000? Bleiben wir auf diesem Betrag sitzen? Wenn wider Erwarten nicht so viel Wasser entnommen werden kann wie angenommen und Baden nicht zu uns kommen kann, bleiben wir auf den Kosten sitzen? Das möchte ich gerne wissen.

Franziska Grab, Vizeammann: Ja, das ist richtig. Das ist im Moment unser Restrisiko. Wir können nicht einfach eine Zusicherung abgeben, dass heute immer noch eine Fördermenge von 10'000 oder 12'000 Liter möglich ist. Wir gehen davon aus, dass es möglich ist. Doch eine 100 %ige Garantie gibt es nicht. Es ist klar, kommen die Stadt Baden oder Freienwil nicht zu uns, dann können wir auf den Kosten sitzen bleiben. Das ist ein Risiko. Ich nehme nicht an, dass der Kanton eine zusätzliche Kasse findet und uns etwas daran entschädigen wird. Ich kann die Frage nicht beantworten. Für die Landwirte ist es eine Sicherheit für ihre Planung, denn sie müssen wissen, worauf sie sich einlassen.

Josef Sieber: Wir gehen also ein Risiko ein und haben keinen Nutzen davon? Wieso bezahlt Baden diesen Pumpversuch nicht? Baden hätte ja den Profit, wenn der Pumpversuch erfolgreich wäre. Mit einer grossen Wahrscheinlichkeit wird der Pumpversuch erfolgreich sein und dann hätte Baden den Profit. Wieso müssen wir vorfinanzieren und tragen das Risiko? Der Hinweis wegen der Planungssicherheit für die Landwirte ist vage, denn wenn die Leitungen umverlegt werden müssten und dies Kosten generieren würde, dann müsste sicher Baden diese Kosten bezahlen und nicht die Landwirte.

Franziska Grab, Vizeammann: Du bist im Irrtum. Wenn die Schutzzonen nicht ausgewiesen werden, dann muss Baden gar nicht. Von den Pumpversuchen profitieren wir auch. Der Limmatgrundstrom hat sich verändert. Wir müssen wissen, wo unsere Schutzzone genau liegt. Auch die jetzige Schutzzone wird mit den Pumpversuchen festgelegt. Im gleichen Atemzug wird mit der Installation geprüft, wieviel Wassermenge gefördert werden kann und wie die Schutzzonen dann aussehen werden. Diese werden erst verfügt, wenn die anderen Gemeinden zu uns kommen um Wasser zu holen. Wir haben dann die Rechtssicherheit und wir können ausweisen, dass die Schutzzonen so festgelegt werden, je nachdem wie viel Wasser gefördert wird.

Marcel Müller: Ich habe die Sache mit den Landwirten nicht ganz verstanden. Warum drängen die Landwirte genau zu wissen, wie gross die Schutzzonen sind? Was ändert sich für die Bauern mit den Schutzzonen? Es geht darum, dass sie früher wissen, ob sie nur noch Rüebli pflanzen können oder ob es eine Blüemliwiese bleibt. Geht es um Verkauf von Land? Spielt es eine Rolle, ob der Landwirt das heute weiss oder erst in drei Jahren?

Franziska Grab, Vizeammann: Es geht nicht nur um die Rüebli. In der Schutzzone S2n darf kein Flüssigdünger mehr ausgebracht werden. Es sind verschiedene Sachen, welche Einschränkungen mit sich bringen. Aber vielleicht kann Anna Katharina Hess etwas darüber mitteilen?

Anna Katharina Hess: Es geht um die Fruchtfolgeplanung. Man kann nicht jedes Jahr Mais oder Zuckerrüben anpflanzen. Es muss etappenweise pro Jahr oder sogar alle zwei oder drei Jahre gewechselt werden. Es ist für die Landwirte wirklich wichtig, dass sie planen können, was wo und wann gepflanzt werden darf. Nehmen wir an, dass beim Areal um das Pumpwerk Aesch vor allem Gemüsebauern betroffen sind, dann liegt der Acker während den Wintermonaten häufig brach. Es gibt Fälle, wenn es heftig regnet, da kann es zu Ausschwemmungen kommen und alles fliesst ins Grundwasser. Das sind so verschiedene Punkte.

Daniel Jenni: Eine Konzessionserneuerung 2020 braucht es so oder so. Das kostet sicher, nehme ich an.

Erich Schmid: Es ist eine Grundwassernutzungsgebühr fällig.

Daniel Jenni: Wenn wir die Pumpversuche jetzt nicht machen, dann wird die Konzession für das kleinere Pumpwerk gesprochen. Kommt Baden, dann müssen wir eine weitere Konzession holen für das grössere. Das würde bedeuten, die Kosten würden erst dann anfallen. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir die Pumpversuche brauchen und Baden zu uns kommen wird, finde ich relativ hoch. Das Risiko, dass zu wenig Wasser vorhanden wäre, finde ich eher gering. Die Pumpversuche in den 70er-Jahren zeigten 17'800. Wir brauchen 2'000. Selbst eine Fördermenge von nur 14'000 ist viel. Ich finde die Rechtssicherheit entscheidend. So müssen wir in drei Jahren nicht etwas ändern.

Jacqueline Magni: Beim Durchlesen der Vorlage, obwohl Franziska bei unserer Fraktionsitzung anwesend war, war mir vieles klar. Franziska hat schon viele Fragen zu Beginn beantwortet. Aus meiner Sicht macht es Sinn, wenn man alles definiert und wenn klar ist, worum es geht. Darum möchte ich Sie bitten, fertig zu diskutieren resp. den Antrag anzunehmen.

Eugen Paul Frunz: Anlässlich der Fraktionsitzung war ich davon überzeugt, dass wir das hier brauchen. Die Punkte betr. Planungssicherung und Rechtsicherheit bei den Landwirten leuchten mir ein. Das einzige, was ich nicht verstehe und jetzt langsam Zweifel habe, ist der Punkt mit Baden. Wenn der Kanton an Baden die Konzession nicht erteilen will, und das will er scheinbar nicht, dann muss der Kanton ein Pumpwerk an der Hinterhand haben, um zu sagen, wo Wasser bezogen werden kann. Der Kanton kann Baden nicht sagen, sie bekämen kein Wasser mehr. Wieso müssen wir das ganze bezahlen und nicht der Kanton? Der Kanton braucht das Wasser und nicht wir. Der Kanton soll das ganze Vorfinanzieren.

Franziska Grab, Vizeammann: Der Kanton wird das nicht bezahlen. Wir werden die Kosten an Baden auch weiterverrechnen. Das Ganze ist eine Vorfinanzierung von uns, weil wir unsere Schutzzonen selber definiert haben wollen, welche wir für uns brauchen und im gleichen Atemzug das andere dazu machen. Es wäre blöd, nur unsere Schutzzonen zu definieren und nicht zu prüfen, was es für die anderen noch bringt. Wir müssen unsere Schutzzonen auch neu ausweisen. Sie werden sich verändern haben, weil sich der Grundwasserspiegel veränderte.

Anna Katharina Hess: Es wäre ganz wichtig, dass die Vorlage angenommen wird, denn es geht darum, dass die Pumpversuche im Januar oder Februar durchgeführt werden sollten. Ab März müssen schon die Felder neu bereitgestellt werden, und das geht nicht, weil überall die Leitungen verlegt wären. Ich bitte Euch um Zustimmung, sonst verstreichen wieder ein oder zwei Jahre.

—
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Verpflichtungskredit von CHF 210'600 brutto inkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung für die Durchführung eines Gross-Pumpversuchs beim Grundwasserpumpwerk Aesch, Kirchdorf, sowie die Überarbeitung der Schutzzone wird bewilligt (Preisstand 3. Quartal 2017).

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Ursula Haag: In Anbetracht dessen, dass bereits 21 Uhr ist, werde ich die Kreditabrechnungen als nächstes Traktandum behandeln, damit wir im nächsten Jahr mit den Abschreibungen beginnen können.

7	Kreditabrechnungen
2011.23	Planungskredit Ausbau Kirchweg 70 / Tagesstrukturen
2012.23	Neubau von Tagesstrukturen und Kindertagesstätte im "Goldiland" Wettbewerbskredit von CHF 150'000, Planungskredit von CHF 240'000
2014.26	Neubau Kindertagesstätte Goldiland, Kirchweg 70; Kreditgenehmigung
2009.132	Modernisierung Wasserversorgung; Ersatz Steuerung; Neubau Reservoir Kirchdorf; Projektoptimierung und Nachtragskredit von 222'000 Franken
2011.39	Sanierung Liegenschaftsentwässerung an öffentlichen Gebäuden

Eintreten wird nicht bestritten

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Ich möchte vor allem etwas zur Abrechnung Neubau Tagesstrukturen/KITA Goldiland sagen. Den dazugehörigen Bericht haben Sie erst heute Abend erhalten. Ich habe bereits an der Fraktionspräsidentensitzung darüber informiert, dass wir an der Prüfung der Kreditabrechnung sind, welche grundsätzlich gut aussieht. Das sehen Sie auch im Bericht, den Sie heute bekommen haben. Wir liegen rund CHF 187'000 unter dem bewilligten Kredit. Für ein solch grosses Projekt ist das eine sehr gute Zahl. Die Finanzkommission stellte fest, dass im Rahmen der Abrechnung gewisse Buchungen enthalten sind, welche über den Baukredit liefen, was grundsätzlich kein Problem ist. Doch aus Sicht der Finanzkommission hätten einige Buchungen in die laufende Rechnung gehört. Ich zeige es an einem einfachen Beispiel auf: es handelte sich um eine Reinigungsmaschine, welche CHF 1'085 kostete. Es stellte sich die Frage, muss eine solche Maschine in die Bauabrechnung aufgenommen werden? Wenn ja, dann muss man sie separat ausweisen, denn Bauten können über 35 Jahre abgeschrieben werden, Reinigungsmaschinen über 5 Jahre. Die Aufteilung war noch nicht erfolgt und lag zum Teil im unscharfen Bereich. Ein weiteres Thema war die sogenannte Erstausrüstung. Zu einer Erstausrüstung gehören Materialien, welche eigentlich in der laufenden Rechnung belastet werden müssten. Ich habe deshalb mit dem Kanton Kontakt aufgenommen, es geht eigentlich um ein buchhalterisches Problem und nicht um die Qualität der Abrechnung. Und ich habe Kontakt mit der Gemeinde aufgenommen. Schlussendlich hatte ich am letzten Freitag eine Antwort erhalten. Doch infolge eines Todesfalles im Geschäft bin ich schlicht und einfach über das Wochenende nicht dazu gekommen, den Bericht zu schreiben. Kostenmässig liegen wir unter dem Kreditantrag. Die Abrechnung, welche vom Architekturbüro erstellt wurde, bezeichne ich als Muster resp. als Benchmark, wie eine Bauabrechnung erstellt werden soll. Bei den Prüfungen während den letzten 8 Jahren war diese Abrechnung für mich qualitativ die beste Abrechnung, weil zum Beispiel von allen Unternehmen mit grossen Rechnungen am Schluss die unterzeichneten Abrechnungen ersichtlich waren. Das sind Punkte, welche in der Vergangenheit oft eingefordert werden mussten. Erfreulich war auch, dass der Verein Chinderhuus Goldiland CHF 20'000 an den Baukredit einzahlte. Der Betrag wurde mehrheitlich für Ausstattung verwendet. Wenn die Beträge von CHF 12'635.70 in die laufende Rechnung umgebucht werden, dann kann man sagen, dass wir knapp CHF 200'000 unter der bewilligten Kreditsumme liegen. Für ein nächstes Mal sollte man folgendes anders angehen. Im Vorfeld muss im Bereich Erstausrüstung genauer definiert werden, wie man das verbuchen will, welche Positionen sollen unter welche Abschreibungsregelungen fallen und es muss eine Entscheidungsmatrix festgelegt werden. Fairerweise muss man sagen, ich bin 8 Jahre in der Finanzkommission, dass es das erste Mal war, dass wir so etwas hatten mit dem dominanten Thema Erstausrüstung. Das ist bei Wasserleitungen nicht ein so abgrenzendes Thema. Generell zu den Kreditabrechnungen muss festgestellt werden, der geneigte Leser hat dies sicher bemerkt, dass noch erhebliche Rückstände bei der Erstellung von Kreditabrechnungen bestehen. Für uns ist der akzeptable Zustand überschritten. Wir fordern den Gemeinderat auf, mehr Gas zu geben, damit diese Abrechnungen vorgelegt werden. Es

ist nicht primär die Abteilung Finanzen der Verursacher, sondern es sind die Fachabteilungen, welche die Kreditabrechnungen abschliessen müssen und erst dann geht es zurück an die Abteilung Finanzen. Es ist also nicht so, dass die Abteilung Finanzen das nicht verbucht hätte. Es liegt daran, dass die Fachabteilungen die Kreditabrechnungen abschliessen müssen. Es ist schwierig, wenn bei der Prüfung der Belege, welche fünf oder sechs Jahre alt sind, eine Frage auftaucht. Dann besteht das Problem, dass man das nicht mehr so recht weiss. Mit dem Goldiland ist nun bewiesen, dass es durchaus möglich ist, sehr schnell eine grosse Schlussabrechnung zu erstellen. Wir versuchen für das nächste Mal, dass alle Berichte rechtzeitig, das heisst 20 Tage vor der Sitzung, bereitliegen. Dieses Mal war es leider nicht möglich. Aus Sicht der Finanzkommission ist es wichtig, wenn immer möglich, heute im Minimum das Goldiland genehmigt wird, dass bereits in diesem Jahr die erste Abschreibung bei dieser Institution vorgenommen werden kann.

Carol Demarmels: Die Fraktion SP/Grüne stimmt den Kreditabrechnungen selbstverständlich zu, insbesondere der Abrechnung vom Neubau Goldiland. Erfreulich ist dort, dass alles so schnell gegangen ist und dass der Betrag unter dem genehmigten Kredit liegt. Ich persönlich habe zum Zeitpunkt der Kreditvergabe noch nicht in Obersiggenthal gewohnt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Gemeinderat, dem Einwohnerrat und dem Volk zu danken für die Ermöglichung und die Umsetzung dieses Projektes. Ich möchte auch erwähnen, meine Familie und ich wären nicht nach Obersiggenthal gezogen, wenn es das Goldiland nicht gegeben hätte oder zumindest damals noch nicht angekündigt gewesen wäre. Wir haben ein grösseres und günstigeres Haus in der Nähe von Spreitenbach angeschaut. Dort waren aber noch keine Tagesstrukturen in Planung. Deshalb sind wir nach Obersiggenthal gezogen. Ich denke, es geht vielen Familien so. Das soll bedacht werden, wenn es um Projekte geht, die vor allem Familien zu gute kommen. Die Standortattraktivität wird dadurch sehr erhöht. Wir haben vorhin gehört, dass die Gemeinde auf neue gute Steuerzahler angewiesen ist. Das müssen nicht unbedingt Familien sein. Doch betrachte ich den Kindergarten von meinem Sohn, dann haben wir dort eine Businessanalystin, eine Lehrerin, eine Ärztin, ich bin Hochschuldozentin. Das Goldiland ermöglicht uns weiter zu arbeiten und andererseits aber auch Qualifikation zu erhalten und somit auch gute Steuerzahler zu finden. Insgesamt ein gelungenes Projekt, welches zeigt, dass sich Investitionen lohnen können.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Folgende Kreditabrechnungen werden genehmigt:

a) Liegenschaft Kirchweg 70 (Goldiland)	CHF 636'492.95
b) Neubau von Tagesstrukturen und Kindertagesstätte Goldiland	CHF 5'375'606.75
c) Modernisierung Wasserversorgung	CHF 3'094'941.30
d) Sanierung Liegenschaftsentwässerung öffentliche Gebäude	CHF 209'136.76

Die Kreditabrechnungen werden einstimmig genehmigt.

8 2016.38 Postulat Peter Marten / Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal, mögliche Reduktionen beim Aufwand

Eintreten wird nicht bestritten

Peter Marten: Im Vorfeld zur heutigen Einwohnerratssitzung wurde ich verschiedentlich darauf angesprochen, was ich von der Beantwortung meines Postulates halte und ob ich damit zufrieden sei. Viele sind davon ausgegangen, dass ich damit nicht zufrieden wäre. Ich erinnere mich, dass ich hier im Einwohnerrat indirekt angegriffen wurde, ich könne noch hundert Abklärungen und Analysen treffen und man könne auch zu viel analysieren. Die erste Aussage, welche ich zu den Abklärungen abgeben will, bezieht sich auf das Defizit. Die kumulierten Defizite vom Hallen- und Gartenbad betragen seit 2010 rund CHF 3.447 Mio., das ist ein stattlicher Betrag. Gehe ich davon aus, dass der Anteil an auswärtigen Gästen in etwa gleich war wie im Zeitpunkt der Erhebung, dass 40 % der Gäste aus Obersiggenthal, 41 % aus der unmittelbaren Region wie Baden, Untersiggenthal usw. und 20 % aus anderen Gemeinden kommen, dann heisst das, dass Obersiggenthal seit 2010 fast CHF 2 Mio. in die Region verteilte. Das ist doch wirklich eine positive Schlagzeile in der Presse wert. Kommentare und Leserbriefe von Obersiggenthal, welche aussagen, dass Obersiggenthal nur Trittbrettfahrerin wäre oder dass es nur peinlich sei, etwas abzulehnen, verstehe ich nicht. Man könnte das Defizit mit einem buchhalterischen Trick relativ rasch markant nach unten bringen, indem man die Kostenwahrheit einführt. Das heisst, man würde CHF 200'000 wie bis anhin als Defizitbeitrag Hallen- und Gartenbad verbuchen und CHF 286'000 als Förderbeitrag für die Region. Das wäre buchhalterisch rasch gelöst. Natürlich geht das nicht. Doch das Ganze zeigt doch klar auf, dass das Schwimmbad von Gästen in der unmittelbaren Nähe benutzt wird. Das wiederum heisst, wir müssen schauen, dass das Schwimmbad auf die Bedürfnisse der heutigen Gäste ausgerichtet wird. Attraktivitätssteigerungen, welche Gäste von Alpnach oder aus dem Südschwarzwald zum Besuch des Schwimmbades anlocken sollen, sind wohl von der Realität weit entfernt, utopisch und bringen nichts. Attraktivitätssteigerung rechnen sich nicht und sind auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Es werden damit kaum neue Gäste zum Besuch des Schwimmbades angezogen. Über solche Ideen wurde gesprochen, weil immer nur über das Betriebsdefizit gesprochen wird und dabei fliessen die Abschreibungen nie in unsere Diskussionen ein. Das bedeutet, dass wir, falls der Stimmbürger das so will und er vor allem bereit ist, dafür mehr Steuern zu bezahlen, ich sage bewusst mehr Steuern zu zahlen, nur Massnahmen zur Werterhaltung machen. Zur Werterhaltung zählen für mich persönlich auch Ausgaben für die Erneuerung der Garderoben, dass das ganze nicht so aussieht wie in einer alten Zivilschutzanlage. Werterhaltung und minimale Attraktivitätserhaltungsmassnahmen führen zwangsläufig zu einem nächsten logischen Schritt. Wir müssen klar sagen, einen Investitionskredit werden wir ohne Steuerfusserhöhung nicht stemmen können. Wir müssen dem Stimmvolk das Preisschild vorlegen und ihm zeigen, was das bedeutet. Feststellungen zur Organisationsform verstehe ich in diesem Bericht nicht. Ich teile die Auffassung der BDO, dass die Betriebsführung eine gewisse Autonomie haben muss. Doch ebenso muss der Kostenträger stärker in den Entscheid miteinbezogen werden. Für mich sind die Schlüsselpunkte drei des Berichtes zu der Betriebsform in dieser Art zu oberflächlich und taugen nicht als Entscheidungsgrundlage. Die Form der Genossenschaft hat man vor 20 bis 30 Jahren bewusst eingeführt. Das hatte wohl ein Grund. Meiner Meinung nach sollte die Genossenschaft direkt oder indirekt das Schwimmbad oder den Betrieb des Schwimmbades unterstützen. Wie viele von uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten sind zum Beispiel Mitglied der Genossenschaft und haben einen Anteil gezeichnet? Ich will damit sagen, es fehlen Aussagen dazu, wie man das Schwimmbad noch breiter abstützen könnte und vor allem welche Möglichkeiten vorhanden wären in Kombination mit der Organisationsform. Alles in allem ziehe ich folgendes Fazit: Die Trennung von Betrieb Sommer/Winter oder nur Hallen- oder Gartenbad bringt finanziell nichts. Das konnte aus dem Bericht entnommen werden. Es gibt nur zwei Optionen: betreiben oder schliessen. Zu diesen Optionen soll das Stimmvolk seine Meinung kundtun. Damit das möglich ist, muss das Stimmvolk den ungefähren Preis der Investitionen kennen. Die Investitionen dürfen aber nur Werterhaltungsmassnahmen beinhalten. Attraktivitätssteigerungen lohnen sich vor allem in dieser Form nicht. Liest man den Bericht Kannewischer durch, dann sind darin

viele gute Ideen enthalten; doch rechnet man richtig, inkl. Abschreibungen, dann bringt das nichts. Es nützt nichts, in einem Jahr mehr zu investieren, um nur CHF 10'000 mehr Ertrag zu erwirtschaften. Das Bad ist auf die Grundbedürfnisse der unmittelbaren Region auszurichten. Die Betriebsform kann auf dieser Basis des Berichtes so nicht diskutiert werden. Dazu braucht es eine neue Auslegeordnung. Da habe ich mich spontan gefragt, ob ich dazu ein neues Postulat verfassen müsste, damit das vertiefter analysiert und verglichen würde. Bin ich zufrieden mit dem Bericht? Dann muss ich sagen, besser als erwartet. Ich bin grundsätzlich ein kritischer Mensch, es hat sicher noch Luft nach oben. Ich bin mit dem Bericht eigentlich zufrieden, denn es gibt doch einige Klarheiten. Womit ich aber sicher nicht zufrieden bin ist das Thema der Organisationsform. Ich bin der Meinung, trotz allem Goodwill und Effort und Engagement vom Bademeister, von den Leuten der Schwimmbadkommission, von der Genossenschaft mit den zuständigen Leuten etc. Der Kostenträger muss stärker bei der Entscheidung mit dabei sein. Ich weiss nicht, was der Zwischenschritt wirklich bringt.

Eugen Paul Frunz: Meine persönliche Meinung zur Beantwortung der Fragen. Es geht vor allem um Punkt 4 mit dem Thema eingeschränkter Betrieb, vor allem beim saisonalen oder reinem Hallen- oder Gartenbadbetrieb. Wenn ich den Bericht lese, dann steht überall, es sei nicht möglich. Ich sagte bereits an der Fraktionssitzung, dass grundsätzlich alles möglich ist. Ich hätte erwartet, dass hier im Bericht steht, mit welchen Kosten wir ungefähr zu rechnen hätten. Kommt ein Kunde zu mir und sagt, er will das, dann antworte ich nicht, es ist nicht möglich, sondern dann sage ich es kostet so und so viel mehr und ich mache das Gewünschte. Ich hätte mehr vom Bericht erwartet als nur der Hinweis, dass es nicht möglich sei oder es gehe nicht.

Josef Sieber: Die CVP-Fraktion hat den Bericht sehr kritisch und sehr lange diskutiert. Mehrheitlich kamen wir zum Schluss, dass wir den Bericht so nicht stehen lassen können. Das ganze Thema möchte ich in drei Abschnitte zusammenfassen. Mit dem vorliegenden Bericht nimmt der Gemeinderat Stellung zu Fragen der FDP. Bereits im Jahre 2015 hatte die CVP ähnliche Fragen gestellt. Im Prinzip geht es immer um die gleiche Frage: das Schwimmbad in der heutigen Form ist zu teuer. Was müssen wir machen, damit das Schwimmbad wieder tragbar wird? Der Bericht ist in weiten Teilen interessant und aufschlussreich. Speziell hervorheben möchte ich drei Punkte: die Erkenntnisse, dass der erfolgreiche Betrieb des Schwimmbades nicht von der Organisationsform abhängt, sondern ganz entscheidend von den beteiligten Personen. Zu diesen Personen gehört insbesondere auch der Gemeinderat. Der zweite Punkt, was wir auch schon gehört haben, nur 40 % der Gäste sind Obersiggenthaler, 20 % kommen zum Beispiel aus Untersiggenthal. Aber das Defizit, welches grösser ist als CHF 600'000 pro Jahr, bezahlen wir alleine. Der dritte Punkt, welcher auffällt, ist die Grafik. Sie zeigt eine klare Tendenz nach oben. Jetzt einige grundsätzliche Überlegungen. Der Gemeinderat stellt richtig fest, dass ein Schwimmbad wichtig, schön und gut ist für die Gesundheit, für die Entspannung und für die Sportler. Betrachten wir die Kosten, so stellen wir fest, um theoretisch kostendeckend sein zu können, müsste jeder Obersiggenthaler pro Eintritt CHF 15 mehr bezahlen. Das heisst, ein Kind müsste CHF 18 bezahlen, eine erwachsene Person CHF 22. Ich glaube bei solchen Preisen würde sich jede Person Gedanken machen. Sie könnte sich überlegen, in Zurzach bezahle ich in etwa den gleichen Betrag, habe aber dann ein Wellnessbad. Ich könnte mit dem Bus nach Wettingen und zurück fahren und bezahle die Hälfte. Ich kann aber auch in die Limmat gehen, das ist ein lässiges Feeling und kostet nichts. Es stellt sich schon die Frage, warum muss die Gemeinde die Sportart Schwimmen so massiv subventionieren? Andere Sportarten erhalten viel weniger oder sogar gar nichts. Dies sind Gedanken, welche ich in den Raum stellen will. Wie könnte es weitergehen? Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Er schlägt vor, bis in sieben Jahren das Defizit um 20 % zu senken. Als Massnahmen werden genannt: Wellnessangebot, mehr Schwimmkurse, Cafeteria und neues Eintrittssystem. Die Kernfrage, was zu machen ist, damit das Schwimmbad wieder zahlbar wird, wurde diese Frage jetzt konkret beantwortet? Die CVP schlägt vor, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird. Wir sind einverstanden mit dem Gemeinderat, dass das Ziel verfolgt wird, das Betriebsdefizit zu senken. Doch wir möchten die Formulierung ergänzen mit "so schnell wie möglich" und nicht in 7 Jahren und zwar nachhaltig. Möglich wäre das zum Beispiel über eine Zeitspanne einer ganzen Legislaturzeit mit einer entsprechenden Zielformulierung, welche

messbar wäre. Man könnte sagen, in der nächsten Legislatur muss das Defizit 10 % sinken, das wären maximum CHF 580'000 pro Jahr inkl. Abschreibungen. Das wäre ein konkretes messbares Ziel. Solange, bis das Ziel erreicht ist, möchten wir gerne das Postulat nicht abschreiben, damit es in Erinnerung bleibt.

Franziska Grab, Vizeammann: Es ist doch schön, wenn Ihr nach Wettingen ins Bad fahren wollt. Doch auch in Wettingen besteht das gleiche Problem mit dem Defizit. Auch Wettingen und Baden schreiben keine schwarzen Zahlen. Die Genossenschaftsform als Leistungsauftragnehmer war die günstigste Variante, ein Bad betreiben zu können, deshalb wurde damals diese Form gewählt. Die Stadt Baden bezahlt für das Betreiben des Bades mehr, weil alle Angestellte von der Stadt Baden sind. Auch das Thema Gesundheit, betrachte ich zum Beispiel eine Sporthalle, welche für alle Vereine gratis zur Verfügung steht, und niemand etwas daran zahlen muss, ist wohl auch subventioniert. Ich müsste mich schwer täuschen, doch ich denke, wir sprechen von CHF 1 Mio., welche uns die Sporthalle jedes Jahr kostet. Darüber spricht niemand und ist eigentlich auch eine Gesundheitsförderung. Das gilt bis jetzt auch für den Fussballplatz. Der wurde auch gratis zur Verfügung gestellt. Wir müssen schon etwas aufpassen mit Abwägen. Zu sagen, eine Kostensenkung von 10 % als Legislaturziel zu machen, ja, da hoffe ich doch, dass jemand eine direkte Eingebung bei Petrus hat. Da würde ein schöner Sommer vielleicht helfen, keine Ahnung. Doch wir sind wirklich stets bemüht, die Betriebskosten zu senken. Wir haben in der Genossenschaft auch darüber diskutiert, die Eintrittspreise anzupassen, nachdem die Stadt Baden ihre Eintrittspreise auf den Januar auf 8 CHF anhebt. Unsere Einzeleintritte betragen zur Zeit CHF 7. Als wir damals unseren Eintrittspreis auf CHF 7 anhaben mussten, lachte Baden und meinte, sie würden sicher nicht erhöhen. Wo stehen sie heute? Sie sind noch höher als wir. Ich denke, wenn das Tägeri Wettingen wieder öffnet, dann kostet der Eintritt sicher mindestens CHF 8. Sie werden mit dem gleichen Preisniveau einsteigen wie Baden. Wettingen wird immer noch das gleiche Problem mit dem Defizit haben, trotz der erfolgten Sanierung. Wir suchten Gespräche, insbesondere mit Untersiggenthal, sich an den Betriebskosten zu beteiligen. Doch sie sagten nein, genauso wenig wie wir nein sagten zu einem Kurtheater oder einem Tägiausbau. Die Gemeinden haben ihre eigenen finanziellen Probleme und sind nicht an einer Kostenbeteiligung interessiert.

Jacqueline Magni: Auch die EVP hat pro und contra Hallenbad in alle Richtungen diskutiert. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir grundsätzlich für das Hallenbad sind. Wir fragen uns schon, warum ein Defizit mit so vielen auswärtigen Gästen nicht verteilt werden kann, auch in Anbetracht der Dinge, dass der Schwimmunterricht, wenn ich es richtig verstanden habe, obligatorisch ist und der Kanton das vorschreibt. Schliessen wir das Hallenbad, dann kommen nicht nur wir an Grenzen der Hallenkapazitäten, sondern alle anderen auch, Untersiggenthal oder wer auch immer. Darum verstehe ich nicht ganz, dass die umliegenden Gemeinden sich nicht an dem Defizit beteiligen können, wenn eine Vorgabe des Kantons vorliegt? Wir können nicht nach Baden ausweichen, weil dort schon alle Fislisbacher hingehen.

Franziska Grab, Vizeammann: Ich möchte etwas richtigstellen. Es ist nicht so, dass der Kanton bestimmt, dass alle Schüler Schwimmunterricht erhalten müssen. Es ist so, dass die Standorte mit Hallen- und Gartenbad ihre Schüler zum Schwimmunterricht senden müssen. Untersiggenthal schickt ihre Schüler zu uns und bezahlen den entsprechenden Tarif. Untersiggenthal könnte auch sagen, sie schicken ihre Schüler nicht zum Schwimmunterricht, denn in Untersiggenthal bestehen keine gesetzlichen Auflagen, da sie kein Hallenbad in ihrer Gemeinde haben.

Jacqueline Magni: Dann gibt es keine kantonale Vorlage, dass Schüler Schwimmunterricht haben müssen?

Franziska Grab, Vizeammann: Nein. Nur die Standorte mit Frei- oder Hallenbad müssen Schwimmunterricht anbieten. Die Gemeinden mit einem Freibad nur im Sommer, die anderen über das ganze Jahr. Für den Gemeinderat ist klar, dass man das Projekt mit dem Gemeindeverband, welches Bremgarten umsetzte, prüft. Auch in Bremgarten ist es so, dass das Hallenbad zuerst saniert werden musste bevor es dem Gemeindeverband übergeben wurde. Man

kann kein Konstrukt erschaffen. Wir würden uns ja auch nicht an einem Ort beteiligen, wo zuerst noch CHF 10 Mio. Sanierungsbedarf besteht. Muss das Volk zu den Sanierungen ja sagen resp. eine Entscheidung fällen, ob das Schwimmbad beibehalten wird oder nicht, dann muss dem Stimmvolk aufgezeigt werden, was das kostet. Auch die Defizite oder die Kosten für einen allfälligen Rückbau müssen aufgezeigt werden. Es müssen Abklärungen laufen, ob ein Gemeindeverband wie Bremgarten gebildet werden kann und wie die Gemeinden ins Boot geholt werden können.

Jacqueline Magni: Wir sprechen uns klar gegen eine Ausweitung des Wellnessangebotes aus. Es gibt genügend Angebote. Die Sauna ist gut.

Theo Flückiger: Die SP/Grünen stehen hinter dem Bad. Das ist ganz klar. Wir finden es eine ganz wichtige Sache für die Integration. Das wurde heute noch nicht als Thema vorgebracht. Es wurde vieles gesagt, doch ich möchte diesen Punkt aufgreifen. Für viele Kinder ist es ganz wichtig und etwas Schönes, sich nach der Schule im Schwimmbad zu treffen. Wir haben mit dem Schwimmbad ein wertvolles Angebot, sonst haben wir nicht mehr viele Angebote und das Schwimmbad können wir nicht nur eins zu eins finanziell abrechnen. Wir finden, es ist ganz wichtig, dass es dieses Schwimmbad gibt. Wir finden es auch gut, dass diese Fragen gestellt wurden. Sie haben einmal mehr aufgezeigt, das Bad ist nicht wirtschaftlich. Das wissen wir inzwischen alle. Es gibt, wie es Peter auf den Punkt brachte, einfach nur die Frage: wollen wir das Bad oder wollen wir es nicht. Wir stellen uns hinter das Schwimmbad und werden es auch in Zukunft unterstützen.

Erich Schmid: Bei den vorgelegten Varianten vermisse ich Variante C mit nur dem Freibadbetrieb. Betrachten wir Klingnau. Klingnau hatte beides. Doch Klingnau schloss das Hallenbad aus Kostengründen und hat heute nur noch das Freibad. Die heute aufgezeigten Varianten A und B zeigen einen Ganzjahresbetrieb auf. Die Kostengünstigste, wenn man etwas reduziert will, ist ein Betrieb ohne Hallenbad. Hallenbad ist das Teuerste mit dem Ganzjahresbetrieb. Diese Variante fehlt. Das war der Grund, weshalb die CVP sagte, wir sind mit der präsentierten Vorlage nicht zufrieden. Wir haben gestaunt, warum Peter das nicht angesprochen hat. Der Bericht ist nicht vollständig, denn es stehen drei Varianten im Vordergrund, doch die dritte, wahrscheinlich die erfolgsversprechendste Variante, fehlt.

Franziska Grab, Vizeammann: Erfolgsversprechendste ist wohl etwas übertrieben. Man kann auch nur ein Freibad betreiben, aber abgesehen davon, dass sich die ganzen Installationen für die Wasseraufbereitung im Hallenbad befinden, müssten wohl bauliche Massnahmen getroffen werden. Aber die Hallenkapazitäten Sporthalle und Turnhallen reichen nicht mehr aus, wenn das Hallenbad geschlossen wird. Wir diskutieren dann mit den Schulen, ob die Vereine erst ab 19 Uhr die Hallen benutzen dürfen, weil sonst die Hallen von den Schulen benötigt werden. Oder wir diskutieren hier noch einmal, ob eine Sporthalle gebaut werden soll, um allfällige Kompensationen anbieten zu können.

Erich Schmid: Ich gebe Dir vollkommen recht. Doch es muss aufgezeigt werden, was die Konsequenzen wären, wenn wir keinen ganzjährigen Badebetrieb mehr haben. Mit nur einem Sommerbad wäre der Verlust nicht so hoch. Ich bin überzeugt, wir werden auch nur mit einem Sommerbad Verluste einfahren. Die Konsequenzen wären, CHF 10 Mio. in eine Dreifach- oder in eine Doppeltturnhalle zu investieren. Betrachtet man das Schwimmbad alleine, dann besteht die einzige Möglichkeit um Kosten zu senken nur darin, das Bad als Freibad zu betreiben, natürlich mit den Konsequenzen der Turnhallenkapazitäten, was auch ein riesiges Problem wäre, das ist mir klar.

Franziska Grab, Vizeammann: Neue Turnhalle etc. bedeutet mehr Unterhaltskosten.

Erich Schmid: Das ist mir alles klar, doch man darf die Problematik nicht isoliert betrachten.

Ursula Haag: Ich werde die Abstimmung zu Punkt a und zu Punkt b separat durchführen.

Abstimmung

- a) **Der Einwohnerrat genehmigt den Bericht des Gemeinderates zum Postulat von Peter Marten betreffend möglicher Reduktion des Aufwands.**

Dem Bericht wird mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

- b) **Das Postulat wird als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben.**

Das Postulat wird als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben mit 19 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen.

- 9 2017.35 **Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal; Verpflichtungskredit von CHF 175'000 für die Ausarbeitung eines Vorprojektes für die Sanierung und Werterhaltung**

Eintreten wird nicht bestritten

Franziska Grab, Vizeammann: Wir haben hier den Verpflichtungskredit für die Ausarbeitung eines Vorprojektes für die Sanierung und Werterhaltung. Die Baukommission des Hallen- und Gartenbades führte eine Bestandesaufnahme durch und es wurde geprüft, was alles saniert werden muss, resp. welche werterhaltenden Massnahmen nötig sind. Seit der letzten Prüfung sind Sachen dazugekommen, gewisse Punkte wurden nicht ausgeführt. Das führte dazu, dass die Sanierung insgesamt in 21 Teilprojekte aufgesplittet wurde, das konnte man in der Aktenaufgabe sehen. Angedacht war, nach Bekanntgabe der Gesamtkosten, das alles in fünf Etappen ausgeführt würde. Es wäre also nicht so, nehmen wir an, das Ganze kostet CHF 5 Mio., dass dieser Betrag in einem Jahr auszugeben ist, sondern dass das Hallen- und Gartenbad in fünf Etappen saniert und auf Vordermann gebracht wird. Sobald klar ist, was eine ganze Sanierung kostet, dann werden die verschiedenen Teilprojekte dem Einwohnerrat vorgelegt. Sie bestimmen, was in der Sanierung enthalten sein soll. Ihr bestimmt, ob es zum Beispiel keine Saunaergänzung braucht. Teilprojekte können autonom behandelt und auch gestrichen werden. Es ist wichtig, dass der Verpflichtungskredit gesprochen wird, damit die Vorlage erarbeitet werden kann. Schlussendlich müssen wir das Ganze dem Stimmvolk vorlegen. Wir wollen dem Stimmvolk aufzeigen, wieviel die Sanierung des Bades kostet. Dann muss sich das Stimmvolk entscheiden, ob es das Bad noch will oder nicht. Gleichzeitig werden wir in der Vorlage auch aufzeigen, wieviel der Unterhalt mit Amortisation kosten wird. Wir werden auch aufzeigen, was ein Rückbau kostet. Der Rückbau eines Bades ist nicht gratis. Wir werden eine transparente Vorlage vorlegen. Ihr könnt hier darüber entscheiden. Eure Kompetenzsumme beträgt bis CHF 2 Mio., alles, was höher ist, geht vor das Volk. Doch wir brauchen den Verpflichtungskredit von CHF 175'000, um alles aufbereiten zu können.

Nico Lalli: Wir haben dieses Traktandum in der FDP sehr kontrovers diskutiert, auch im Zusammenhang mit der vorgängigen Antwort zum Postulat. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir jetzt in dieser Ausgangslage dem Verpflichtungskredit für die Ausarbeitung eines Vorprojektes nicht zustimmen können. Wir haben gehört, es bestehen viele Unklarheiten, und wir können nicht ohne klare Strategie, ohne Ziele und ohne verschiedene Varianten, ohne verschiedene Gedankenführungen, wohin man mit dem Bad will, ohne Aufzeichnung was die Variante kosten und welche Massnahmen möglich sind, einen Kredit zustimmen. Jegliche Ausgaben, welche in die Hunderttausend Franken gehen, und nachher mit einem Millionenkreditantrag enden, können wir in der jetzigen Situation so nicht unterstützen. Ich habe aus Deinem Votum entnommen, dass im Vorprojekt durchaus auch angedacht wurde, die verschiedenen Varianten zu analysieren, eine saubere Aufnahme zu machen und saubere Massnahmen darzulegen. Unter diesen Voraussetzungen kann es sein, dass in unserer Fraktion die

eine oder andere Person dem Projekt zustimmen wird. Doch dem Kredit, ein Bauprojekt zu erarbeiten, können wir nicht zustimmen.

Marco Küng: Die SVP-Fraktion hat dieses Traktandum auch sehr lange diskutiert. Grundsätzlich stehen wir hinter dem Kredit. Es muss etwas gemacht werden, es muss aufgezeigt werden, was das kostet und was für die Zukunft gemacht werden kann. Dem Volk muss eine faire Vorlage präsentiert werden, um darüber abstimmen zu können und dem Volk muss aufgezeigt werden, was in Zukunft auf die Gemeinde zukommen wird. Es müssen die verschiedenen Varianten aufgezeigt werden. Es muss aufgezeigt werden, was ein Rückbau kostet und dann ist die ganze Sache abgeschlossen. Wir wollen dort auch Varianten sehen, welche Arten von Rückbau es gibt, nicht nur Bauunternehmen, sondern vielleicht gibt es Möglichkeiten, mit dem Militär/Zivilschutz etwas zu machen. Es müssen wirklich alle Varianten aufgezeigt werden, auch von der Finanzierung her. Hier geht es doch auch um die Attraktionssteigerung. Am Schluss soll nicht nur die Aussage sein, es handle sich mit der Sanierung nur um eine Werterhaltung, sondern mit dieser Vorlage soll unser Bad in der Region wirklich hervorgehoben werden, dass die Leute wirklich in unser Bad kommen. Wir haben dann eine gute Grundlage und können bei den Gemeinden vorbeigehen und sagen, wir haben einen Ansatz und wünschen eine Beteiligung.

Robert Wyss: Die Fraktion CVP/BDP diskutierte nicht so lange über diesen Antrag. Wir waren uns schnell einig. Das Hallen- und Gartenbad ist bereits über 45 Jahre alt. Es ist ein Betonbau, welcher für jene Zeit typisch war, und welcher in einer schönen Landschaft gebaut wurde. Es war ein besseres Konzept der Freibäder in der Region, welche damals üblich war. Die Hanglage macht das Bad sehr attraktiv. Das Bad bietet ein grosses Angebot und kann gut mit Wettingen oder Baden mithalten. Die technischen Anlagen wurden immer unterhalten und sind sehr gut im Schuss. Unser Bad ist attraktiv, das wird durch die Eintritte von auswärtigen Besuchern bestätigt. Ohne diese Besucher wäre das Defizit noch grösser. Klar, ein solches Bad benötigt Pflege und Unterhalt und ab und zu eine Anpassung für Optimierungen und Attraktivitätssteigerung. Seit 1983 werden Kredite bewilligt für den Unterhalt dieser Anlage. Auch wir haben dem zugestimmt und immer wieder gesagt, wir wollen diese Anlage. Es macht Sinn, dass wir das Bad nun neu betrachten und prüfen, was möglich ist und den Sanierungsbedarf in Etappen festlegen. Durch Optimierungen sind allenfalls auch Einsparungen möglich. CHF 5 Mio. ist kein kleiner Betrag, eine Anlage kostet etwas, wenn man A sagt, muss man auch B sagen. Die Fraktion CVP/BDP ist grundsätzlich stolz auf sein eigenes Hallen- und Gartenbad und freut sich, dass es genutzt wird, auch von Auswärtigen. Wir wollen uns mit dem Schwimmbad und Hallenbad weiterentwickeln und wollen ein Feld vorwärts ziehen und nicht drei Felder retour. Wir unterstützen auch Familien, Schulen, Freizeit und dazu gehört auch ein Schwimm- und Hallenbad. Denken wir weiter an verdichtetes Bauen, der Freizeitraum wird immer enger. Ein Freizeitbad zu haben ist natürlich super. Wir erwarten eine Führung und nicht nur eine Verwaltung. Dazu müssen wir etwas Spielraum geben. Darum unterstützt die Fraktion CVP/BDP einstimmig diesen Antrag.

Theo Flückiger: Nur eine kurze Anmerkung zum Votum der FDP. Grundsätzlich geht er hier um einen Planungskredit und es geht noch nicht um einen Kredit für das Bad. Sprechen wir darüber, dass man Varianten studiert haben möchte, dann frage ich mich, wer das machen soll, wenn dafür kein Geld gesprochen wird.

—
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Für das Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal wird ein Verpflichtungskredit für die Ausarbeitung eines Vorprojektes für die Sanierung und Werterhaltung von CHF 175'000 inkl. MwSt. bewilligt.

Der Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

Peter Marten: Ich stelle folgenden Antrag: Über den Beschluss des Einwohnerrates soll gemäss § 7 Abs. 2 b der Gemeindeordnung eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Die Begründung hinter diesem Antrag ist folgende. Das Stimmvolk hätte so, bevor Geld ausgegeben wird, bereits die Möglichkeit, ein erstes Signal zu senden um zu zeigen, ob man hinter dem Schwimmbad steht oder nicht. Theoretisch kann passieren, dass ein Kredit gemäss Beschluss ausgearbeitet wird, und das Stimmvolk sagt dann, nein, das wollen wir nicht und der Kredit wird abgelehnt. Würde jetzt bereits eine Volksabstimmung durchgeführt über den Betrag, kann bereits beim Stimmvolk festgestellt werden, ob es eher für oder eher gegen ein Schwimmbad ist. Das Risiko besteht darin, dass das Stimmvolk nein sagt. Auf der anderen Seite, wenn das Resultat so klar ist, dass das Stimmvolk hinter dem Schwimmbad steht, dann gibt es einen gewissen Auftrieb für das Projekt in der Phase der Erstellung. Das ist eigentlich die Idee hinter diesem Antrag. Ich hätte deshalb bereits gerne eine Volksabstimmung über den Beschluss von CHF 175'000.

Franziska Grab, Vizeammann: Ich möchte Euch bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Schlussendlich können wir nicht sagen, sind es CHF 5 Mio. oder CHF 4 Mio., welche für die Sanierung benötigt werden. Wir können im Moment auch keine Auskunft über die Kosten eines Rückbaus geben. Diese Punkte wollen wir mit den CHF 175'000 abklären um solche Kosten ausweisen zu können. Ich weiss nicht, worüber das Volk abstimmen soll. Einfach über CHF 175'000 Baukredit? Die Grundlagen, welche das Volk dazu braucht, können wir gar nicht vorlegen um einfach ja oder nein sagen zu können zum Bad. Wir sind hier 40 Einwohnerräte, gewählt vom Volk, um genau solche Abstimmungen treffen zu können, damit nicht mit einem Vorprojekt über CHF 175'000 vor das Volk getreten werden muss. Ich bitte Euch, zu überlegen, wofür Ihr gewählt worden seid, genau um solche Entscheide fällen zu können.

Peter Marten: Es ist spannend, wenn ich erklärt bekomme, was mein Job als Einwohnerrat ist. Genau weil ich vom Volk gewählt wurde und genau, weil ich mich für das Volk einsetze, genau aus diesem Grund habe ich diesen Antrag gestellt. Aber das können wir nachher beim Apéro diskutieren.

Urs Müller: Ich finde es gut, wenn sich die FDP durch die Bevölkerung abstützen will. Ich möchte die FDP einladen, dieser Beschluss untersteht ja dem fakultativen Referendum, da kann man ja dagegen Unterschriften sammeln und dann gibt es eine Volksabstimmung. Ich hätte Freude, wenn Kollegen der FDP im Markthof Unterschriften sammeln. Dann könnten sie den Puls vom Volk fühlen und eine Abstimmung produzieren.

Marcel Müller: Es ist schon so, wir stimmen über höhere Summen ab und fragen das Volk nie. Jetzt kommen wir mit CHF 175'000. Die eine oder andere Person wird sich fragen, es wird im Einwohnerrat über CHF 500'000 in 10 Minuten entschieden. Ich denke, wir müssen schon aufpassen, da es ganz verschiedene Schuhe sind. Wir brauchen eine Grundlage, damit über den grossen Kredit sauber abgestimmt werden kann. Mit der Zustimmung zu den CHF 175'000 ist für mich noch lange nicht die Zustimmung, dass der grosse Kredit gesprochen wird. Bei den CHF 4 Mio. wird ganz anders argumentiert, was das auf der Steuerseite bedeutet. Die CHF 175'000 sind kein Steuerprozent, CHF 4 Mio., abgeschrieben über 20 bis 30 Jahre, da kommen einige Steuerprozente zusammen. Ich werde dem Antrag nicht zustimmen.

Carol Demarmels: Ich denke, wenn man die CHF 175'000 als Planungskredit vor das Volk bringt, dann müsste man bei dieser Abstimmung aufzeigen, was passiert, wenn das Volk zu den CHF 175'000 nein sagt. Wir müssen planen, egal in welche Richtung es geht. Selbst das können wir zu dem Zeitpunkt der Abstimmung noch nicht aufzeigen.

Peter Marten: Doch genau diese Antwort hätte in der Vorlage stehen müssen, was passiert, wenn der Antrag abgelehnt wird.

Volkmar Hauelsen: Ich würde jetzt schätzen, eine Volksabstimmung kostet CHF 20'000. Ich weiss nicht, ob das angemessen wäre, um einen Entscheid von CHF 157'000 zu erreichen.

Keine Wortmeldungen.

Antrag Peter Marten, FDP: Über den Beschluss des Einwohnerrates sei gemäss § 7 Abs. 2 b der Gemeindeordnung eine Volksabstimmung durchzuführen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen zu 31 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ursula Haag: Christian Keller hat versprochen, er habe keine langen Voten bei seinen zwei Postulaten. Nachher folgt ja noch die Umfrage und wir sollten um 22.30 Uhr fertig sein.

10 2017.33 Postulat Christian Keller / Publikation der öffentlichen Nutzungsrechte Schulstrasse

11 2017.36 Postulat Christian Keller / Unterbindung Schleichverkehr auf dem Kirchweg

Christian Keller: Beim Postulat Schulstrasse geht es um den Abschnitt der Schulstrasse, welcher durch den Markthof führt. Vor zwei Jahren erfolgte ein Verkauf an die Markthofgemeinschaft für CHF 30'000. Damit sind die öffentlichen Rechte auf diesem Teil erloschen. Es gibt aber in irgendeiner Form ein Reglement oder Abmachungen mit der Markthofgemeinschaft über die weiteren Nutzungsrechte für die Öffentlichkeit. Ich habe schon einmal um Veröffentlichung gebeten, doch der Antrag ging offenbar vergessen. Deshalb habe ich den formellen Weg gewählt und fordere den Gemeinderat auf, das Reglement zu publizieren. Ich würde mir wünschen, dass die Publikation in einer Form publiziert wird, welche nicht mehr vergessen geht. Ein öffentlicher Anschlag im Markthof wäre sinnvoll. Zu meinem zweiten Postulat geht es um den Schleichverkehr auf dem Kirchweg. Ihr kennt sicher alle das Problem. Wir haben auf beiden Abschnitten auf dem Kirchweg Schleichverkehr. Am Morgen tendenziell auf dem Abschnitt West und am Abend auf dem Abschnitt Ost. Gleichzeitig ist der Kirchweg ein sehr wichtiger Schulweg, eine kantonale Veloroute. Der Schleichverkehr ist genau dann auf dem Kirchweg, wenn die Schulkinder unterwegs sind. Man weiss schon lange, dass sich der motorisierte Verkehr und der Langsamverkehr in die Quere kommen. Eigentlich wäre es angebracht, eine Massnahme in die Wege zu leiten.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Postulat Christian Keller, Publikation der öffentlichen Nutzungsrechte Schulstrasse, Erheblicherklärung, sei dem Gemeinderat zu überweisen.

Das Postulat wird mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme mit einer Enthaltung überwiesen.

Postulat Christian Keller, Unterbindung Schleichverkehr auf dem Kirchweg, Erheblicherklärung, sei dem Gemeinderat zu überweisen.

Das Postulat wird mit 26 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen überwiesen.

12 2017.37 Umfrage

Marion Möllerke: Der Fraktion SP/Grüne ist der Auszug "Nachhaltige Beschaffung in der Stadtverwaltung Baden" in die Hände gelangt. Ich möchte für die nächste Legislatur bitten, dass der Gemeinderat über die Bücher geht. Es geht um nachhaltiges Kopierpapier, es geht um Hygieneartikel, es geht um Recycelbeton, welcher verwendet wird. Einfach nur, damit das Thema nicht vergessen geht für die nächste Legislatur.

Petra Rutschmann: Ich habe eine Frage zum Vereinszimmer. In der Gemeinde steht kein Vereinszimmer mehr zur Verfügung. Wir haben Vereine, welche gute, gemeinnützige Arbeit leisten und auch wichtige Bestandteile der Gemeinde sind. Besteht die Möglichkeit, ein Vereinszimmer zur Verfügung zu stellen?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir nehmen die Frage entgegen und geben Antwort.

Sonja Frei-Schiesser: Ich habe ein grösseres Anliegen. Es betrifft die Anfahrts- und Ausladesituation bei der Unterflursammelstelle Markthof. Bezugnehmend zum Postulat von Christian mit dem wahnsinnig grossen Verkehrsaufkommen finde ich es extrem gefährlich, wie die Automobilisten schräg auf dem Trottoir und Veloweg parkieren, um Altglas zu entsorgen. Ich hoffe, dass dort so schnell wie möglich etwas unternommen wird. Es soll nicht mehr schräg parkiert werden können.

Lukas Füglistler: Geht es um den Lastwagen, welcher das Sammelgut holt oder geht es um die Automobilisten, die entsorgen wollen?

Sonja Frei-Schiesser: Es geht eigentlich um beides. In erster Linie um die Automobilisten, die sind täglich dort. Die Lastwagen natürlich auch. Doch den Lastwagen habe ich noch nie gesehen, aber ganz sicher die Autos der Privatpersonen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Wir haben Kenntnis vom Anhalten der Privatautos, um Glas zu entsorgen. Es ist verboten und bräuchte eigentlich keine Tafel, denn das wissen eigentliche alle Autofahrerinnen und Autofahrer. Die Polizei hat Kenntnis von dem Umstand. Doch wir nehmen den Hinweis gerne entgegen und prüfen, ob eventuell bauliche Massnahmen möglich sind.

Lukas Füglistler: Wir haben einen Leistungsvertrag mit der Stadtpolizei. In der Verkehrskommission habe ich schon verschiedentlich eingebracht, dass etwas nicht funktioniert. Wir kaufen Leistungen ein, nun nimmt es mich Wunder, inwiefern unser Vertragspartner diese Leistungen abdecken, welche wir auch bezahlen. Das wäre eine interessante Frage.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir haben die Möglichkeit, bei der Polizei punktuell zusätzliche Kontrollen anzufordern. Das passiert, wenn beispielsweise festgestellt wird, dass in der Bolldistrasse über die Mittagszeit zu schnell gefahren wird. Es wurden verschiedene Kontrollen durchgeführt. Doch es ist schwierig, denn die Polizei kommt nicht einen ganzen Tag und wir müssen solche zusätzlichen Aufwände bezahlen. Im besagten Beispiel bei der Glasentsorgung, wenn die Polizei kommt und gerade dann wird kein Altglas entsorgt, dann kann niemand gebüsst werden. Konsequenter wäre, man wüsste immer, zu welchem Zeitpunkt jemand kommt und man könnte die Zeit eingrenzen und dann die Polizei aufbieten. Doch ohne genaues Zeitfenster kann es gut sein, dass kein Vorfall festgestellt wird.

Lukas Füglistler: Während der Zeit, als Pascale Bruderer Nationalratspräsidentin war, habe ich sehr viele Polizeifahrzeuge in Obersiggenthal gesehen. Doch seither habe ich kaum mehr ein Polizeiauto in unserer Gemeinde gesehen. Es wäre sicher wertvoll, diese Situation zu prüfen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Da handelte es sich natürlich um Personenschutz. Jederzeit kann man sich bei der Gemeindekanzlei melden und die Polizei kann zum Platz geschickt werden. Das funktioniert.

Christine Brüesch: Die Polizei zirkuliert immer wieder auch beim Schulhaus. Ich sehe die Polizeiautos oft.

Christian Keller: Vor zwei Jahren hat der Einwohnerrat ein Postulat der SP/Grüne überwiesen und den Gemeinderat aufgefordert, beim ENSI Auskunft zu verlangen, über die Auswirkungen eines Unfalls in der Beznau auf unsere Gemeinde. Am 15. September 2016 haben wir hier im Rat den Bericht zurückgewiesen, weil er unzulänglich war. Wir haben bis heute nichts gehört. Ich wüsste gerne, ob der Antrag vergessen wurde.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es ist nicht vergessen gegangen. Wir sind dran, doch wir haben den Bericht noch nicht erhalten. Das ENSI, die meteorologische Anstalt und andere Stellen arbeiten daran. Baden hat ihre Antwort auch erst im November erhalten.

13 2017.38 Verabschiedungen

Ursula Haag: Heute darf ich 24 Einwohnerräte verabschieden. Das heisst, im Laufe der vergangenen vier Jahre hat mehr als die Hälfte der Parlamentsmitglieder gewechselt. Klar ist der Verlust von Wissen und Erfahrungen bedauerlich, doch eine Erneuerung schafft auch Platz für frischen Wind. Es ist ja nicht so, dass alle gleichzeitig ausgetreten sind. Die Wechsel erfolgten kontinuierlich. 16 Mitglieder sind während der Legislatur zurückgetreten, 8 Mitglieder treten jetzt auf Ende Jahr zurück. Effektiv sind im nächsten Jahr also ein Fünftel neue Mitglieder im Einwohnerrat. Im Namen der Einwohner von Obersiggenthal danke ich Euch herzlich für das Engagement. Ihr habt mit Eurem Wissen, Euren kritischen Fragen und Denkanstössen dazu beigetragen, dass die Vorlagen des Gemeinderates kritisch geprüft wurden. Ein Mitglied des Einwohnerrates wird nach nur drei Monaten im Einwohnerrat auf die Seite des Gemeinderates wechseln. Als Ausdruck des Danks der Einwohner von Obersiggenthal darf ich jedem einen Kugelschreiber überreichen mit der Gravur "Einwohnerrat Obersiggenthal". Ich bitte alle ehemaligen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, welche hier sind, nach vorne zu kommen. Wir haben mit 15 ½ Jahren Patrick Hehli, Christa Ochsner mit 14 ½ Jahren, Willy Graf hat 12 Jahre, er entschuldigte sich für heute, Sylvia Dingwall 11 Jahre, Lisa Dick, Bettina Lutz je 9 Jahre, 8 Jahre haben Werner Digel, Marion Möllerke, Josef Sieber und Ueli Zulauf, 7 Jahre hat Christian Bossard, Brigitte Schmid war 6 Jahre im Rat, Gadiant Sabine 6 ½ Jahre, auch sie hat sich entschuldigt. 5 ½ Jahre war Felix Frischknecht im Rat und mit 4 Jahren Alexander Major, Robert Wyss mit 2 ½ Jahren, Leonora Amrein, Marcel Schiesser und Lothar Erhard waren 1 ½ Jahre im Rat, je ein Jahr war Oliver Moor und Mimosa Sejdini im Amt, Alexander Djordjevic war einige Monate im Rat, er hat sich für heute entschuldigt, Nico Lalli und Aline Schaich.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich darf heute die scheidenden Mitglieder der Finanzkommission verabschieden. Es treten drei Mitglieder aus, Daniela Graubner, seit 2010, Marco Küng, seit 2016, und Raffael Müller seit 2016, er ist nicht im Einwohnerrat und deshalb nicht hier. Daniela Graubner möchte nach 8 Jahren Finanzkommission neue Ziele verfolgen, damit sie weiterhin ihrer grossen Familie gerecht werden kann. Sie musste irgendwo Abstriche machen. Es fiel ihr nicht leicht, sich von der Finanzkommission zu lösen, denn sie war gerne Mitglied in der Finanzkommission. Raffael Müller sagte mir, dass ihm die Aufgaben und die Zusammenarbeit in der Finanzkommission sehr gut gefallen habe und es ihm auch schwerfällt, zurückzutreten. Er hat dieses Jahr eine neue Stelle angetreten und diese nimmt ihn stark in Anspruch. Auch mache er sich Gedanken über einen allfälligen Umzug. Marco Küng war ebenfalls gerne in der Finanzkommission. Doch er wird Obersiggenthal verlassen, weil er hier kein adäquates Baufeld für sein neues Einfamilienhaus finden konnte. Es ist schade, doch wir können es nicht ändern. In § 34 der Gemeindeordnung steht: "*Die Finanzkommission nimmt zum Budget und zum Aufgaben- und Finanzplan Stellung, prüft die Gemeinderechnung sowie den Rechenschaftsbericht und befasst sich mit weiteren hier vom Gemeinderat oder Einwohnerrat übertragenen Aufgaben*". So lässt sich die Arbeit der Finanzkommission leicht in einem Satz formulieren. In Tat und Wahrheit ist die Arbeit der Finanzkommission zeitlich recht aufwändig,

dabei ist eine gewisse Agilität zu Zahlen sicher von Vorteil. Die Finanzkommission nimmt im Zusammenspiel zwischen Legislative und Exekutive eine wichtige Rolle ein. Dass die Finanzkommission und der Gemeinderat über gewisse Themen nicht immer gleicher Meinung sind, das erachte ich als Würze zum Thema Finanzen. In unserem Milizsystem wird das Vereinbaren von Beruf, Familie und Kommissionsarbeit nicht einfacher. Auch unser Präsident der Finanzkommission Peter Marten macht sich Gedanken darüber, wie die Arbeit der Finanzkommission durch gewisse Änderungen entlastet werden kann. Ich möchte nun die beiden Anwesenden bitten vorzutreten, damit ich ein kleines Präsent übergeben kann.

Ich komme nun zur Verabschiedung der Einwohnerratspräsidentin. Liebe Uschi, die letzten vier Jahre hast Du den Einwohnerrat von dieser Seite her erlebt, die letzten beiden Jahre sogar im Stehen. Ich weiss nicht, welche Seite Dir besser gefallen hat. Ich weiss aber, Du hast Dich immer gewissenhaft auf die Sitzungen vorbereitet. Manchmal wurde es so kompliziert, dass Du sicher froh darüber warst, dass Toni Meier seinen Platz neben Dir innehatte und Dir assistieren konnte. Ich habe in Bezug auf die Sitzungsdauer eine kleine Statistik erstellt. Während Deiner Präsidialzeit gab es 10 Sitzungen, bei einer warst Du abwesend. Es ist Dir einmal gelungen, die Sitzung pünktlich um 22 Uhr zu beenden, einmal konntest Du den Rat bereits um 20.45 Uhr nach Hause schicken. Die anderen Sitzungen musstest Du zeitlich überziehen. Das führe ich aber nicht darauf zurück, dass Du nicht straff geführt hast, sondern vielmehr auf strube Diskussionen hier im Rat, welche manchmal eher Wahlkampf- als Sachcharakter hatten. Auch das Auszählen der Stimmen hat hin und wieder zu Verzögerungen geführt. Das habe ich jeweils als Auflockerung empfunden. Unter dem Strich darf sicher gesagt werden, dass es nicht einfacher ist auf dieser Seite vom Rat zu agieren als auf der anderen Seite. Dass heute trotz aller Sparmassnahmen ein kleiner Apéro serviert wird, ist Dir Uschi zu verdanken. Sie ermöglichte das durch Ihre Kompetenzsumme. Ich danke Dir Uschi für die nicht einfache Arbeit als Ratspräsidentin. Ich wünsche Dir eine geruhsamere Zeit auf der gegenüberliegenden Seite. Herzlichen Dank. Ich überreiche Dir noch einen Gutschein, mit welchem Du mit Deinem Mann ein feines Nachtessen geniessen kannst.

Eugen Paul Frunz: Liebe Uschi, auch wir von der SVP-Fraktion möchten es nicht unterlassen, Dir für Dein Einwohnerratspräsidium über die letzten zwei Jahre zu danken. Du hast uns gekonnt durch die nicht immer einfachen und zum Teil recht langen Sitzungen geführt. Ich persönlich bin froh, wenn Du nach vier Jahren wieder auf meine Seite im Rat wechselst und Deine Meinung mit vollem Elan in die Diskussionen einbringen wirst. Als Dankeschön für die letzten zwei Jahre als Präsidentin überreichen wir Dir auch einen Blumenstrauss.

Ursula Haag: Ich möchte einigen Personen noch persönlich danken. Ich danke den Stimmezählern für das Auszählen. Es war nicht immer leicht, weil so mancher Einwohnerrat zu später Stunde zu müde war, die Hand zu heben. Lieber Christian, ich bedanke mich bei Dir, Du durftest bereits eine Sitzung Leitung. Ich kann Dir versichern, Du wirst von Toni Meier und Romana Hächler die beste Unterstützung erhalten. Christian, ich wünsche Dir für die kommenden zwei Jahre alles Gute. Jetzt habe ich noch zwei persönliche Geschenke ans Ratsbüro. Auch Dir Toni, ganz herzlichen Dank und Dir Romana. Danke für die gute Zusammenarbeit. Ihr seid mir immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden, auch in den letzten Minuten vor der Sitzung. Jetzt möchte ich noch einen kleinen Rückblick über meine zwei letzten Jahre halten. Die Statistik hat bereits Dieter übernommen. Es wurden vom Gemeinderat Vorlagen über Investitionen von CHF 9.3 Mio. vorgelegt, davon wurden CHF 2.1 Mio. entweder zurückgewiesen oder abgelehnt. In der letzten zwei Jahren durfte ich neun Inpflichtnahme vornehmen, das heisst, dass praktisch an jeder Sitzung ein neues Mitglied vereidigt wurde. Ich habe zwei abwechslungsreiche und spannende Jahre hinter mir. Leider haben die Sitzungen immer relativ lange gedauert, nicht zu aller Freude. Doch die Diskussionen im Rat waren zum Teil so intensiv, dass ich mich nicht durch eine Unterbrechung einschalten wollte. Es war für mich nicht immer leicht zu entscheiden, wann ein Einschreiten richtig und nötig war. Ich möchte Euch allen ganz herzlich für Euer Engagement im Rat während diesen zwei Jahren danken. Es hat mir Spass bereit, die Sitzungen von diesem Rat zu leiten. Jetzt, wo ich mich langsam als Präsidentin vom Einwohnerrat auskenne, ist meine Amtszeit bereits vorbei. Ich betrachte den Ratsbetrieb mit ganz anderen Augen. Jetzt werde ich wieder zum Rat zurückkehren und darf wieder

meine Meinung sagen. Das habe ich während den zwei Jahren am meisten vermisst. Zum Abschluss lade ich Euch zu einem kleinen Apéro ein, geliefert vom Pascha aus Rieden. Vielen Dank an Romana und Toni und Gabriela Schleuniger, welche uns den Apéro servieren werden. Ich wünsche eine frohe Adventszeit, frohe Festtage und ein gutes neues Jahr. Und ich schliesse meine Sitzung um 22.30 Uhr.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich verabschiede nun die Gemeinderätin Marie-Louise Nussbaumer. Sie wurde am 16. Mai 2004 als Nachfolgerin von Ueli Zulauf in den Gemeinderat gewählt und ist seit dem 1. Juni 2004 Gemeinderätin in Obersiggenthal. Marie-Louise hat nach rund 13 ½ Jahren intensiver Arbeit in der Exekutive ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat von Obersiggenthal erklärt. Sie erreichte einerseits ihr Pensionsalter und sie will sich vermehrt mit ihrem Mann der gemeinsamen Leidenschaft zum Beispiel des Reisens widmen. Gerne möchte ich auf das Wirken von Marie-Louise Nussbaumer zurückblicken, auf ihren eigenen Wunsch nur ganz kurz. In ihrer langen Zeit als Gemeinderätin war sie für folgende Ressorts verantwortlich: Jugendarbeit, Lärmschutz, Bildung, Schulwesen, Einbürgerungen, Umwelt, Entsorgung, Energie, Bauverwaltung Hochbau, Liegenschaften, Sport und Sportverein. Dem Ressort Bildung und Schule stand sie vom 2004 bis 2013 vor; sie war ebenfalls im schulpsychologischen Dienst zwischen 2004 und 2009. Zu Beginn gehörte auch das Ressort Jugend dazu. Dort wurde das Projekt Jugendarbeit Siggenthal, das heutige Jugendnetz, gestartet. Damals gehörte die Organisation der Jungbürgerfeier ebenfalls noch zum Ressort Bildung und Schule. Es wurden die Blockzeiten eingeführt, es wurden zwei neue Schulleiter angestellt. Die Tagesstrukturen wurden über viele Umwege mit Grundsatzentscheid im Einwohnerrat und der Bevölkerung über die Einführung einerseits und diversen Liegenschaftsgeschäfte für das Chinderhuus Goldiland andererseits eingeführt. Die Schulraumplanung, welche über viele Jahre mit hoffentlich einem Neubau, wenigsten im Rahmen eines Provisoriums auf dem OSOS Areal, im nächsten Sommer ein erstes Resultat verzeichnen wird. Sie war fast acht Jahre Mitglied im Vorstand vom Verein Mittagstisch und sie war während der ganzen Zeit Mitglied des Schulvorstands KV Baden-Zurzach. Sie war von 2004 bis 2013 zuständig für das Ressort Einbürgerungen und war in der Einbürgerungskommission. Damals hatte der Einwohnerrat über die Einbürgerungen zu befinden. Während ihrer Zeit gab es nur ganz wenige Fälle, welche das Einbürgerungsgesuch zurückziehen mussten. Von 2004 bis 2017 stand sie dem Ressort Energie vor. In diesem Zusammenhang war sie auch in der Energie- und Umweltkommission. Sie war auch acht Jahre Mitglied des Verwaltungsrats Fernwärme Siggenthal. Zu ihrem Leidwesen hatte der Einwohnerrat während dieser Zeit Kosten zum Label Energiestadt eingespart. Da war ich auch noch im Einwohnerrat. Für ihren Einsatz für die Förderung der alternativen Energien war sie in einem Punkt leider erfolglos, so fiel das Ziel, welches im energiepolitischen Programm aufgeführt war, wegen den Sparmassnahmen zum Opfer. Es wäre ein wichtiges Ziel gewesen, Bezug eines Teiles des Stroms als Ökostrom. Immerhin konnte sie mit der Nachtabschaltung der Strassenbeleuchtung schweizweite Resonanz auslösen. Natürlich konnten auch Kosten gespart werden durch den Ersatz der alten Strassenlampen durch neue LED-Leuchten. Im Ressort Umwelt und Entsorgung war sie seit 2004 bis heute. Auch in diesem Zusammen in der Energie- und Umweltkommission. Die ganze Zeit war sie im Vorstand der KVA Turgi. Ein wichtiges Projekt aus diesem Ressort waren die SBB-Lärmschutzwände im Bereich der Siggenthalerbrücke bis zum Kapelerhof. Das wurde im Jahr 2005 umgesetzt und kostete CHF 2 Mio. Ich denke, das war eine gute Sache. Marie-Louise war die Initiatorin für Giftsammlungen. So wird alle drei Jahre alternierend in Unter- und Obersiggenthal eine Gif- und Sondermüllaktion durchgeführt, welche giftige Abfälle aus Garten und Haushalt sowie alte Medikamente sammelt. Sie führte den roten Abfallsack ein, das erregte Aufsehen, weil die erste Serie dieser Abfallsäcke sehr durchsichtig war. Das hat nicht allen Obersiggenthalerinnen und Obersiggenthalerinnen gepasst. Die Sammelstellen wurden erneuert. Es ist ihr als rühmender Abschluss ihrer Tätigkeit als Gemeinderätin fast gelungen, das neue Entsorgungskonzept für den Entsorgungsplatz beim Technischen Zentrum absegnen zu lassen. Im Ressort Natur- und Heimatschutz war sie nur kurz. Dem Ressort Hochbau und Liegenschaften stand sie seit dem Beginn dieser Legislatur vor. In dieser Funktion war sie auch in der Baukommission. Während dieser Zeit erfolgte der Neubau Goldiland, Sanierung der einzigen Sporthalle und die Erneuerung der Beleuchtung und Gebäudesteuerung OSOS. Das waren die wichtigsten Projekte. Das Ressort Sport und Sportverein hatte sie seit 2014 inne mit Einsitz in der Sportkommission. Leider entstand kein neuer Fussballplatz für

den Fussballclub Obersiggenthal. Einige Worte zu Marie-Louise wie sie ist. Marie-Louise zeichnet sich durch besonders gut strukturierte und sprachlich ausgewogene Vorlagenentwürfe oder Anträge an den Gemeinderat aus. Sie ist sehr kooperativ und loyal im Gemeinderat. Sie hat ihre Anliegen aus ihrer politischen Sichtweise eingebracht und exponierte sich dafür. Sie hat die Entscheide, auch wenn sie nicht durchkam, als Gemeinderat ohne Wenn und Aber mitgetragen. Ein einziges Mal, es ist gar nicht so lange her, hat sie diesen Pfad der Tugend verlassen. Sie hat sich beim Gemeinderat und beim Einwohnerrat immer für die Anliegen des Personals eingesetzt. Sie hat zweifellos auch im Gemeinderat für Verkehrsanliegen bzw. Verkehrsberuhigungen und Verkehrssicherheit eingesetzt. Weiter hat sie sich neben ihrer Gemeinderatstätigkeit immer sehr stark für die SP und ihre Anliegen, auch ausserhalb von ihrem Amt als Gemeinderat, engagiert. In diesem Zusammen ist es fast ironisch, dass sie in der letzten Phase ihrer politischen Tätigkeit nicht als Gemeinderätin aber als politisch engagierte Person als Fussgängerin, welche mit ihrem Velo einen Fussgängerstreifen in der Breite überquerte, um die bekannten letzten Unterschriften für die Gemeinderatswahlen einzuholen, vor kurzem angefahren wurde. Das könnte auch gedeutet werden, dass ihr ernsthafter politischer Einsatz bis zum letzten Moment neben Erfolg auch mit Risiken behaftet gewesen ist. Marie-Louise war auch Grossrätin, ich habe gestaunt. Sie war zwischen 1998 und 2015 im Grossen Rat, ab 2008 war sie während 6 Jahren Co-Präsidentin der SP-Fraktion. Sie hatte auch in verschiedensten Grossratskommissionen mitgearbeitet. So hatte Marie-Louise im Interesser der Fernwärme Siggenthal seiner Zeit eine Anfrage im Grossen Rat gestellt und fragte, warum der Kanton nicht bereit wäre, bei Ersatz einer Ölheizung durch Anschluss an die Fernwärme einen Beitrag zu leisten, wie er das bei einem Ersatz durch eine Wärmepumpe mache. Die Antwort des damaligen Regierungsrates, Peter C. Beyeler, war, es ist im Gesetz nicht vorgesehen. Diese Antwort hat sicher nicht nur bei der Fernwärme kein Verständnis gefunden. Ich habe mir auch sagen lassen, dass Marie-Louise während ihres Co-Präsidiums telefonisch immer sehr gut erreichbar war, was für eine Zusammenarbeit eine gute Sache ist. Während einem Zeitpunkt war es nicht so gut sie telefonisch zu erreichen, das war während einem olympischen Eishockeyturnier, wo ihre beiden Zwillingstöchter Julia und Stefani in Sotschi auf dem Eis spielten. Ich erinnere daran, dass die beiden mit der Dameneishockeynationalmannschaft im Jahr 2014 die olympische Bronzemedaille gewonnen hatten. Die kleine Geschichte hat auch etwas Beruhigendes und zeigt auf, neben dem grossen politischen Engagement für die Gemeinde und den Kanton ist für Marie-Louise ihre Familie immer noch wichtiger. Auch der Gemeinderat hat den direkten Draht nach Aarau sehr geschätzt, während dieser Zeit hatte die Gemeinde zwei Mitglieder im Grossen Rat. Diese beiden haben sicher nicht immer gleich abgestimmt, doch das ist ein anderes Thema. Liebe Marie-Louise, im Namen der Gemeinde Obersiggenthal danke ich Dir für Deine langjährige, engagierte Arbeit als Gemeinderätin und ich wünsche Dir für die Zukunft alles Gute. Wir haben ein Geschenk für Dich und Walter übergibt Dir Blumen. Linus übergibt Dir ein Bild vom ortsansässigen Künstler Heinz Eith mit dem Sujet der vier Elemente. Von Franziska haben wir gehört, dass Du ein Krimifan bist. Wir schenken Dir ein Krimiwochenende. Du darfst über ein Wochenende in ein Hotel gehen, wo von Anfang bis zum Schluss live ein Krimi spielt, in welchem Du involviert bist. Damit es Dir nicht langweilig wird, schenke ich Dir einen Krimi. Marie-Louise herzlichen Dank.

Ursula Haag: Ich schliesse nun diese Sitzung um 23.00 Uhr. Wir treffen uns zum Apéro im Foyer.

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin: